



Erklärungsentwurf

1. Die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, die dem gescheiterten Wirtschaftssystem zugrunde liegen, einschließlich immenser Defizite bei der Regulierung von Unternehmen und der Finanzwelt, wurden durch die COVID-19-Pandemie in schonungsloser Weise verdeutlicht und erheblich verschärft. Ein neuer Sozialvertrag wird jetzt dringender gebraucht denn je, um die Wirtschaft in den Dienst der Menschheit zu stellen und sowohl die Menschen als auch den Planeten vor der drohenden Zerstörung zu bewahren. Durch die Macht der organisierten Arbeitnehmerschaft kann ein neuer Sozialvertrag zustande kommen. Er ist das Fundament für Demokratie, Gleichstellung, geteilten Wohlstand und die Resilienz, die erforderlich ist, um die Herausforderungen zu bewältigen, vor denen die Menschen überall stehen.

2. Seit mehr als 150 Jahren organisieren sich arbeitende Menschen in [demokratischen](#) Gewerkschaften und haben damit eine treibende [und unabhängige](#) Kraft für Demokratie und Rechte geschaffen. Gewerkschaften haben durch jahrzehntelange kollektive Aktionen soziale und wirtschaftliche Fortschritte durchgesetzt und für ein Gegengewicht zu Ausbeutung, Profitgier und Diskriminierung gesorgt. Die in den [IGB-Gründungsgrundsätzen](#) verankerten bleibenden Werte unserer Bewegung bilden das Fundament für eine Welt, in der Frieden, Demokratie, nachhaltige Entwicklung und Gleichstellung für alle Vorrang haben. Eine Welt, in der die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geachtet werden, die Lebensstandards menschenwürdig sind und niemand zurückgelassen wird.

3. Diese Vision ist mit der aktuellen neoliberalen, von Konzernen beherrschten Weltwirtschaft nicht zu verwirklichen. Es bedarf einer grundlegenden Umgestaltung, und der Kongress verpflichtet den IGB dazu, für eine solche Umgestaltung zu kämpfen. Eine oberflächliche Bekämpfung von Ungleichheiten, Ausbeutung und Diskriminierung wird nicht ausreichen. Die Veränderungen müssen allumfassend sein und allen Menschen zugutekommen. Diese Erklärung legt dar, was getan werden muss, um diese Umgestaltung zu bewirken und ein neues Modell zu etablieren.

4. Der Kongress bekräftigt die beim 4. IGB-Weltkongress 2018 in Kopenhagen angenommene Erklärung, die die Risse in der Weltwirtschaft detailliert beschreibt und in der wir uns zum Streben nach der Verwirklichung eines neuen Sozialvertrages als Weg nach vorn verpflichtet haben. Mehr Macht für arbeitende Menschen, Vereinigungsfreiheit, Tarifverhandlungen und sozialer Dialog müssen dabei im Mittelpunkt stehen.

5. Ein neuer Sozialvertrag ist durch den Beginn der Covid-19-Pandemie, die jüngste der sich überschneidenden Krisen, vor denen die Welt steht, noch dringender geworden.

- i. Millionen sind im Zuge der Pandemie gestorben, Hunderte Millionen Arbeitsplätze sind verloren gegangen und Milliarden Menschen in Entwicklungsländern haben keinen Zugang zu menschenwürdiger Arbeit, Impfstoffen und medizinischer Versorgung. Die Antworten der meisten Regierungen sowie der internationalen Finanz- und Handelsinstitutionen sind in all diesen Bereichen offensichtlich unzureichend gewesen.
- ii. Der Klimawandel beschleunigt sich, zerstört Leben und Lebensgrundlagen, führt zu Extremwetterereignissen, vernichtet Lebensräume und vergrößert die Gesundheitsgefahren.

- iii. Armut und wirtschaftliche Ungleichheit nehmen weiter zu, das Versprechen einer nachhaltigen und inklusiven Entwicklung für ärmere Länder wurde bislang nicht erfüllt: zwei Milliarden Menschen kämpfen in der informellen Wirtschaft verzweifelt ums Überleben und die meisten Menschen der Welt sind nicht sozial abgesichert.
- iv. Die Löhne vieler Beschäftigter sind zu gering, der Anteil der Löhne am BIP ist weiter rückläufig, und Hunderte Millionen Menschen sind nicht in der Lage, ihre Grundbedürfnisse zu decken.
- v. Veränderte Arbeitsmuster und der missbräuchliche Rückgriff auf befristete Arbeitsverträge und Zeitarbeitsverträge haben zu massiver Arbeitsplatzunsicherheit geführt und die Vereinigungsfreiheit, Tarifverhandlungen und den Zugang zum Arbeitnehmerschutz untergraben.
- vi. Frauen werden überall diskriminiert und sind in Entscheidungsgremien erheblich unterrepräsentiert, das geschlechtsspezifische Lohngefälle beträgt weltweit immer noch mehr als 20% und das Gefälle bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen liegt bei 27%. In vielen Ländern gibt es kaum oder gar keine Angaben zur Beschäftigung von Frauen. Sie stellen die Mehrheit der Beschäftigten in der informellen Wirtschaft, und ein Großteil der Arbeit, die Frauen verrichten, wird unterbewertet oder überhaupt nicht vergütet.
- vi-vii. Junge Menschen sind in allen Teilen der Welt sozialer und wirtschaftlicher Ausgrenzung ausgesetzt.
- vii-viii. Mindestens 2,8 Millionen Menschen kommen jedes Jahr aufgrund von Berufskrankheiten oder Arbeitsunfällen ums Leben und viele Millionen mehr leben mit arbeitsbedingten Verletzungen und Krankheiten.
- viii-ix. Ein hoher Prozentsatz von Frauen hat unter geschlechtsspezifischer Gewalt und Belästigung zu leiden oder zu leiden gehabt, auch bei der Arbeit.
- ix-x. Breiten Teilen der Weltbevölkerung bleiben die Vorteile der Technologie versagt, einige wenige aggressiv agierende Großkonzerne haben durch ihre Datenkontrolle ein immenses Vermögen angehäuft, und die aus dem rapiden technologischen Wandel resultierenden realen Gefahren für Arbeitsplätze und Rechte werden ignoriert.
- x-xi. Das Versäumnis, auf die Bedürfnisse und Anliegen der Menschen einzugehen, bedeutet, dass die Demokratie in Gefahr ist, dass sich die Menschen zunehmend entrechtet fühlen, dass das Vertrauen in die Regierungen weiter schwindet und dass der Multilateralismus und internationale Solidarität auf dem Rückzug sind.
- xi-xii. Es besteht weiterhin die reale Gefahr eines Atomkrieges sowie bewaffneter Konflikte innerhalb von und zwischen Nationen.
- xii-xiii. Ein jahrzehntelanger Trend der Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten schürt Armut, Ausgrenzung, Unsicherheit und Misstrauen, wobei die Arbeitgeber ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Arbeitskräften, auch entlang von Lieferketten, leugnen.
- xiii-xiv. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung plagen die Welt weiter, und sowohl Wanderarbeitskräfte als auch indigene Bevölkerungsgruppen werden in allen Regionen der Welt ausgebeutet. Rassismus ist eine wesentliche Ursache für Ungleichheit und kostet Menschenleben.
- xiv-xv. Millionen Menschen sind in-Zwangsarbeit, moderner Sklaverei oder Menschenhandel gefangen ausgesetzt, und viele Millionen Kinder gehen zur Arbeit anstatt zur Schule.

6. Die Demokratie ist weltweit unter Beschuss geraten, durch die mörderische Unterdrückung in Myanmar und Iran und aufgezwungene autoritäre Regime in Hongkong und Belarus, aber auch durch die Destabilisierung politischer Prozesse in etablierten Demokratien infolge der immer größeren Macht von Konzernen sowie durch Extremisten, die traditionelle Medien und das Internet nutzen, um rechtsextremistische politische Narrative und falsche Informationen zu verbreiten und Gesellschaften zu destabilisieren. Nationalismus, Populismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und

Islamophobie sind auf dem Vormarsch, einschließlich neuer Formen des Faschismus. Genau die internationalen Institutionen und Prozesse, die das Fundament für Integration, geteilten Wohlstand und eine nachhaltige Zukunft legen können und müssen, sind ernsthaft geschwächt worden. Viele von ihnen sind der heutigen Zeit nicht mehr gewachsen und erfordern eine grundlegende Reform, damit sie die erforderliche Funktion bei der Umsetzung des neuen Sozialvertrages erfüllen können, indem sie die in dieser Erklärung formulierten Forderungen arbeitender Menschen unterstützen und in Kraft setzen. Der IGB ist dem Multilateralismus verpflichtet und begrüßt die Arbeit derjenigen internationalen Institutionen, die bereits für die Bestandteile des neuen Sozialvertrages eintreten.

7. Der IGB unterstützt die Vereinten Nationen als höchste multilaterale Institution und ihre damit verbundene Rolle, einschließlich ihres Einsatzes für Frieden, und ist sich bewusst, dass eine UN-Reform die Rechenschaftspflicht und Wirksamkeit erhöhen muss, in Anerkennung der Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten mit Blick auf die Unterstützung der Charta der UN und ihrer Arbeit.

8. Wir unterstützen darüber hinaus die Arbeit der Vereinten Nationen in drei spezifischen Schwerpunktbereichen für die kommenden Jahre als Schlüsselemente bei der Reform der Weltwirtschaft und der Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklungsziele:

- i. den Globalen Beschleuniger für Beschäftigung und Sozialschutz;
- ii. die Globale Allianz für Sorgearbeit;
- iii. die Gewährleistung, dass der Sozialvertrag ein zentrales Element "Unserer gemeinsamen Agenda" mit Blick auf einen neuen Weltgipfel für soziale Entwicklung im Jahr 2025 ist.

9. Seit dem letzten IGB-Weltkongress sind Millionen Menschen infolge von Kriegen gestorben, darunter Hunderttausende, die ihr Leben durch die Konflikte im Jemen und in der Region Tigray verloren haben. Mit der brutalen Ukraine-Invasion Russlands hat es in den letzten Jahren in jeder Region der Welt Konflikte gegeben, woraufhin Millionen Menschen aus ihrem Heimatland geflüchtet und viele Millionen mehr zu Binnenvertriebenen geworden sind, die große Mehrheit in weniger wohlhabenden Ländern.

10. Frieden ist das Herzstück der Werte des IGB, und die absolute Ablehnung von Krieg und der damit einhergehenden kriegerischer Gräueltaten muss die Bemühungen um einen auf den Prinzipien der Vereinten Nationen basierenden Rahmen für unsere gemeinsame Sicherheit befeuern. Dieser Rahmen muss den ideologischen, sozialen und wirtschaftlichen Konfliktursachen Rechnung tragen und diejenigen zur Rechenschaft ziehen, die für den Beginn und die Unterstützung von Kriegen sowie für Kriegsverbrechen und Terroranschläge verantwortlich sind.

11. Als größte organisierte demokratische Kraft über Nationen hinweg ist die internationale Gewerkschaftsbewegung unerlässlich für die Bewältigung der Herausforderungen und für das Streben nach Frieden. Mehr Solidarität in Krisenzeiten ist zwingend erforderlich für die Gestaltung einer gerechteren und humaneren Welt.

12. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung zur Organisationsarbeit, um den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Macht zu verschaffen, um diese und andere weltweite Krisen zu bewältigen. Wir sind stolz auf die unzähligen durch Gewerkschaftssolidarität erzielten Erfolge, die für so viele Menschen so viel bewirkt haben, und verpflichten uns, dafür zu kämpfen, dass alle Menschen von den Vorteilen gewerkschaftlicher Aktivitäten profitieren können und die Macht erlangen, die mit einer Gewerkschaftsmitgliedschaft einhergeht.

- i. In jeder Region spielen Gewerkschaften eine zentrale Rolle bei der Reaktion auf die Covid-19-Pandemie und bei der Stärkung der erforderlichen Widerstandskräfte.
- ii. Arbeitende Menschen bekunden weiter ihre Entschlossenheit, sich selbst dort zu organisieren, wo Rechte verweigert werden, wo Unterdrückung grassiert und wo Diktatoren herrschen. Jeden Tag werden durch Organisierungskampagnen Erfolge erzielt und Tarifverträge abgeschlossen.

- iii. Wir tragen zu den Bemühungen um eine bessere Welt für arbeitende Menschen und ihre Familien bei und kämpfen in vorderster Reihe dafür, dass die nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen, einschließlich Ziel 8 bezüglich menschenwürdiger Arbeit, erfüllt werden und haben bedeutende Erfolge bei der ILO erzielt, mit dem Übereinkommen über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt, der ILO-Jahrhunderterklärung von 2019 und dem Globalen ILO-Handlungsausschuss von 2021 als Reaktion auf die Pandemie.
 - iv. Es ist uns gelungen, die Forderung nach einem globalen Sozialschutzfonds auf die internationale Agenda zu setzen.
 - v. Es steht fest, dass ein gerechter Übergang im Mittelpunkt des Kampfes gegen den Klimawandel stehen muss, und in jeder Region sind Gewerkschaften um gerechte Übergänge bemüht, um eine Zukunft ohne CO₂-Emissionen und ohne Armut zu gestalten.
 - vi. Die Vereinten Nationen haben die Notwendigkeit eines neuen Sozialvertrages bestätigt.
 - vii. Die Bemühungen um eine Sorgfaltspflicht entlang von Lieferketten machen erhebliche Fortschritte.
 - viii. Die internationale Gewerkschaftssolidarität ist heute genauso groß wie zu jedem Zeitpunkt in unserer Geschichte.
13. In entscheidenden Momenten der Menschheitsgeschichte hat der Sozialvertrag das Fundament für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit gelegt, durch:
- i. die Gründung der ILO im Jahr 1919 nach den Verwüstungen des Ersten Weltkrieges mit ihrem Grundsatz: "Der Weltfrieden kann auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden."
 - ii. die Annahme der ILO-Erklärung von Philadelphia im Jahr 1944 inmitten der Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges, ihre Verpflichtung zu "Vollbeschäftigung und Verbesserung der Lebenshaltung" und ihre Erklärung, dass "Arbeit keine Ware ist", dass "Freiheit der Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit wesentliche Voraussetzungen beständigen Fortschritts sind" und dass "Armut, wo immer sie besteht, den Wohlstand aller gefährdet".
 - iii. Dadurch wurden die Weichen für geteilten Wohlstand im Großteil der Welt gestellt, aber heute wird der Sozialvertrag nicht mehr erfüllt. Die Unermesslichkeit und Komplexität der sich überkreuzenden Herausforderungen, vor denen die Welt steht, erfordern eine Vision und Entschlossenheit, wie sie die Visionäre hatten, die die erste und die zweite Version des Sozialvertrages erschaffen haben. Und dieses Mal darf der Sozialvertrag nicht auf die Länder begrenzt sein, die bereits reich sind. Er muss für alle gelten und er muss resilient gegenüber künftigen Schocks und mächtigen Interessen sein, die soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit ablehnen. Eine starke und effektive ILO, die die multilaterale Agenda voranbringt, ist dafür von zentraler Bedeutung. Obwohl wichtige Elemente des nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Sozialvertrages in vielen Ländern dank der Wachsamkeit und Organisation von Gewerkschaften weiter Bestand haben, sind sie ohne einen neuen Sozialvertrag für die ganze Welt ständig in Gefahr.
14. Trotz auf die Schwächung der ILO und vor allem ihrer Kernarbeitsnormen abzielender Arbeitgeberbemühungen und obwohl viele Regierungen weder ihren ILO-Verpflichtungen nachkommen noch sich gegen Angriffe seitens der Arbeitgeber zur Wehr setzen, hat die ILO für arbeitende Menschen Positives bewirkt, und der Kongress beschließt, dass die Gewerkschaftsbewegung die ILO mit ihrem Normensetzungsauftrag und ihrer dreigliedrigen Struktur verteidigen und unterstützen wird.
15. Die größten Trennlinien in der globalen Wirtschaft und in den Gesellschaften sind seit Jahren oder sogar Jahrzehnten vorhanden, wie in der IGB-Kongresserklärung von Kopenhagen erläutert. Seit Kopenhagen hat die Welt drei sich beschleunigende und konvergierende globale Trends erlebt, die ein Aktivwerden der Gewerkschaften auf allen Ebenen unbedingt erforderlich machen:

- i. Klimawandel
- ii. Die Pandemie und globale Gesundheit
- iii. Technologischer Wandel

Klima

16. Die Erderwärmung kostet Leben und Lebensgrundlagen und birgt ohne weitreichende und ambitionierte Maßnahmen die Gefahr, den Planeten für Menschen unbewohnbar zu machen. Sie zerstört bereits jetzt Arbeitsplätze, und es könnten noch wesentlich mehr verloren gehen. Extreme Wetterereignisse sind keine Seltenheit mehr, das irreversible Schmelzen von Eismassen und Tundragebieten hat begonnen, und die Artenvielfalt geht rapide zurück. Jedes Jahr werden Millionen Klimaflüchtlinge vertrieben, und es werden immer mehr. Die Kosten der Untätigkeit, sowohl in menschlicher als auch in wirtschaftlicher Hinsicht, überwiegen bei weitem die der Investitionen, die erforderlich sind, um die Erdatmosphäre wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

17. Aktuelle Trends zufolge wird es schwierig werden, den globalen Temperaturanstieg auf weniger als 1,5 °C zu begrenzen, was katastrophale Auswirkungen haben wird. Trotz ihrer mit dem Pariser Abkommen gemachten Zusagen und weiterer Belege für die Auswirkungen der Erderwärmung kommen zahlreiche Länder ihren Verpflichtungen im Rahmen der national festgelegten Beiträge (NDCs) mit Blick auf Emissionssenkungen und Anpassung an den Klimawandel nicht nach. Den weniger wohlhabenden Ländern, in denen viele der durch den Klimawandel am stärksten gefährdeten Menschen leben, fehlt es an den Ressourcen und der internationalen Solidarität, die notwendig sind, um angemessene Verpflichtungen eingehen und erfüllen zu können. Obwohl sich zahlreiche Investoren und Unternehmen inzwischen öffentlich zu Netto-Null-Emissionen verpflichten, behindern andere, einschließlich emissionsintensiver Sektoren, Fortschritte in diesem Bereich. Die Gewerkschaften haben die Agenda vorangebracht, durch Fortschritte bei gerechten Übergängen, Verhandlungen über die Dekarbonisierung von Wirtschaftszweigen und Städten sowie durch die Sicherstellung guter Arbeit bei der Umstellung.

18. Neoliberale klima- und energiepolitische Strategien, verknüpft mit Privatisierung und Kommerzialisierung, haben es nicht geschafft, den Anstieg der Treibhausgasemissionen aufzuhalten und tragen zu erheblich höheren Energiekosten für die Verbraucher und die Industrie bei. Das immer häufiger auftretende Phänomen der Energiearmut muss durch den Ausbau der Kapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien und effiziente Versorgungsnetze für alle in den Griff bekommen werden. Die Regierungen und Behörden müssen sicherstellen, dass die Verpflichtung zur Beseitigung von Energiearmut und Energieprekarität erfüllt wird. Der Zugang zu Energie muss als Menschenrecht betrachtet werden.

19. Darüber hinaus müssen Entwaldung, der Verlust der Biodiversität, die Verschmutzung der Wasserstraßen und Ozeane sowie die Umweltzerstörung verhindert, gestoppt und umgekehrt werden. Durch Wasserknappheit sind ganze Bevölkerungsgruppen schutzlos gegenüber Dürre und Hungersnot.

20. Der Kongress:

- i. bekräftigt die dringende Notwendigkeit, den Klimawandel in den Griff zu bekommen, um die Menschheit und die Biosphäre zu retten;**
- i.ii. stellt fest, dass das Versäumnis, etwas gegen den Klimawandel zu tun, einen Verrat an jungen Menschen und künftigen Generationen darstellt. Die Gewerkschaften müssen die Mobilisierung und Organisation junger Menschen unterstützen, um für eine gerechte und nachhaltige Zukunft zu sorgen.**
- ii.iii. fordert alle Regierungen auf, transformative Strategien anzuwenden, um durch die Dekarbonisierung aller Wirtschaftstätigkeiten eine Trendwende beim Klimawandel herbeizuführen, indem u.a. international vereinbarte Zusagen und Zielvorgaben eingehalten und übertroffen werden;**

- iii.iv.** unterstreicht, dass ein gerechter Übergang unter umfassender Beteiligung der Gewerkschaften, ohne den der Klimawandel nicht umzukehren ist, im Mittelpunkt aller Bemühungen um die Bekämpfung des Klimawandels stehen muss;
- iv.v.** ist sich bewusst, dass Klimaschutz mit einem gerechten Übergang Arbeitsplätze schafft und eine qualifizierte und gut ausgebildete Arbeitnehmerschaft begünstigt;
- v.vi.** verpflichtet sich dazu, auf den Erhalt, die Wiedererlangung und Ausweitung der öffentlichen Eigentumsrechte an der Energieinfrastruktur und den Energiedienstleistungen hinzuwirken;
- vi.vii.** appelliert an die Arbeitgeber, in Rücksprache mit den Gewerkschaften im Rahmen von Tarifverhandlungen und des sozialen Dialogs Strategien für einen CO2-freien Fußabdruck zu verfolgen;
- vii.viii.** fordert von der internationalen Handels- und Investitionspolitik sowie von Investoren, einschließlich Pensionsfonds, dass sie die Notwendigkeit einer Zukunft ohne CO2-Emissionen und ohne Armut bekräftigen;
- viii.ix.** unterstreicht die Bedeutung eines Technologietransfers und unterstützender Kredit- und Subventionsbedingungen, um es allen Ländern zu ermöglichen, ihre Volkswirtschaften umzubauen und menschenwürdige Arbeitsplätze durch einen gerechten Übergang zu schaffen;
- ix.x.** bekräftigt die Bedeutung globaler Maßnahmen und Ressourcen für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels und den Klimaschutz sowie der Unterstützung eines gerechten Übergangs in den am wenigsten wohlhabenden und am meisten gefährdeten Ländern;
- x.xi.** befürwortet eine Entschädigung für aufgrund des Klimawandels erlittene Verluste und Schäden;
- xi.xii.** fordert, ~~ein Ende~~ verschwenderischer staatlicher Subventionen für fossile Energiekonzerne zu beenden und Maßnahmen zur Verhinderung ihrer Preistreiberei, sowie die Gewährleistung des Schutzes privater Haushalte vor Energiearmut, und ein öffentliches Auftragswesen, das den Klimaschutz unterstützt, und von Investoren fordert er, dass sie Investitionen von einem gerechten Übergang, weg von fossilen Brennstoffen mit Beschäftigungsgarantien, abhängig machen;
- xii.xiii.** fordert Investitionen in der erforderlichen Höhe in Qualifikationen und lebenslanges Lernen, um einen gerechten Übergang sicherstellen zu können;
- xiii.xiv.** begrüßt die ausgezeichnete Arbeit, die die Gewerkschaften in jeder Region leisten, vielfach gemeinsam mit anderen, ebenso wie auf betrieblicher Ebene, indem sie sich beispielsweise Initiativen und "Aktionen für klima- und beschäftigungssichere Arbeit" anschließen.

Die Covid-19-Pandemie und globale Gesundheit

21. "[...] während [...] die Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, einschließlich Pandemien und Epidemien, allgegenwärtige Bedrohungen bleiben." *IGB-Kongresserklärung 2018 von Kopenhagen*

22. Die Covid-19-Pandemie hat eine unvorbereitete und mit nicht genügend Ressourcen ausgestattete Welt getroffen. Jahrelange Warnungen der Wissenschaft wurden größtenteils von den Regierungen ignoriert, die nur auf kurze Sicht geplant haben und nicht bereit waren, die jahrzehntelange Untergrabung öffentlicher Dienstleistungen, Deregulierung, Unterfinanzierung und Privatisierung, einschließlich der Vereinnahmung des Gesundheits- und Pflegesektors durch Unternehmen, rückgängig zu machen. Die Folge ist eine globale Katastrophe mit vielen Millionen Toten, noch wesentlich mehr Erkrankten und Hunderten Millionen vernichteten Arbeitsplätzen. Ganze Wirtschaftssektoren wurden zerstört. Am härtesten getroffen wurden in allen Gesellschaften die Schwächsten, wobei Frauen unverhältnismäßig stark unter den wirtschaftlichen Folgen zu leiden

haben. Das Bildungswesen hat zu einer Zeit stark gelitten, in der Kompetenzen und Qualifikationen besonders wichtig sind, um die sich überschneidenden Krisen zu bewältigen, mit denen die Menschen überall konfrontiert sind. Die Ungewissheit für junge Menschen ist noch größer als zuvor, und die größte Last haben wieder einmal die am wenigsten wohlhabenden Länder zu tragen, in denen zahlreiche Menschen keinen Zugang zu Impfstoffen, Tests und anderen unerlässlichen Gesundheitsprodukten haben.

23. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften im Gesundheitswesen und Pflegesektor in den am wenigsten wohlhabenden Ländern wird verschärft durch die Abwanderung von Fachkräften aus diesen Ländern, die auf der Suche nach besseren wirtschaftlichen Möglichkeiten in reichere Länder emigrieren.

24. Während die Wissenschaft in beispiellosem Tempo wirksame Impfstoffe entwickelt hat, haben Impfnationalismus, Bestimmungen zu geistigem Eigentum, unzureichende globale Produktionskapazitäten und die bis auf wenige Ausnahmen in Entwicklungsländern praktisch nicht vorhandene Impfstoffherstellung dazu geführt, dass den Menschen lebensrettende Schutzmaßnahmen vorenthalten wurden, dass die Ungleichheit drastisch zugenommen hat und dass das SARS-CoV-2-Virus zu noch gefährlicheren Varianten mutieren konnte.

25. Das Fehlen von Test- und Diagnosekapazitäten in vielen Ländern bedeutet zudem, dass die weltweit gemeldeten Covid-19-Fallzahlen und die damit zusammenhängenden Todesfälle weit unterschätzt werden, während die Belastung, der die Gesundheitssysteme in praktisch allen Ländern ausgesetzt sind, zur Folge hat, dass andere Erkrankungen nicht oder erheblich verspätet behandelt werden, wodurch sich die Gesamtbelastung durch Krankheiten und Sterbefälle weiter erhöht. Darüber hinaus werden die negativen Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit, auch infolge der zur Eindämmung von Ausbrüchen erforderlichen Maßnahmen, noch über Jahre hinweg zu spüren sein.

26. Viele Regierungen haben schnell auf die Folgen für Arbeitsplätze und Einkommen reagiert und Billionen von Dollar für größtenteils befristete Maßnahmen ausgegeben, um die schlimmsten wirtschaftlichen Auswirkungen abzumildern. In zahlreichen Ländern konnten die Gewerkschaften die Finanzierungspakete durch sozialen Dialog und öffentlichen Druck mitgestalten. Viele Länder haben jedoch eine Schwächung ihrer Wirtschaft erlebt und verfügen über keinen fiskalischen Handlungsspielraum, was es schwieriger macht, arbeitende Menschen und ihre Familien zu unterstützen. Insgesamt weist wenig darauf hin, dass ein ausreichender politischer Wille vorhanden ist, um für universellen Sozialschutz zu sorgen und mittel- bis langfristig in Arbeitsplätze zu investieren. Das muss sich ändern, wenn die Widerstandskräfte genügend gestärkt werden sollen, um katastrophale Auswirkungen künftiger Schocks zu vermeiden.

27. In einer Reihe von Ländern sind die Reaktionen der Regierungen unzureichend gewesen, haben die Krise noch verschärft und verlängert und zahlreichen Menschen den Zugang zu finanzieller Unterstützung des Staates verwehrt, wobei die Unterstützung auf die Interessen der Wirtschaft zugeschnitten ist. In manchen Fällen, wie etwa in Brasilien, könnte das absolute Regierungsversagen der staatlichen Behörden, gekoppelt mit der Manipulation der Pandemie für politische Zwecke, als Verbrechen gegen die Menschlichkeit betrachtet werden. Umgekehrt ergeht es Beschäftigten, Gemeinden und Volkswirtschaften dort besser, wo ein wirklicher sozialer Dialog stattfindet und wo die Gewerkschaften auf nationaler, sektoraler und betrieblicher Ebene Verhandlungen führen können, um sicherere Arbeitsbedingungen und eine Entschädigung für Einkommensverluste zu erwirken.

28. Ein Großteil der Virusübertragung findet am Arbeitsplatz statt, in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, in Logistikunternehmen, in der Landwirtschaft, im Bildungs- und Verkehrswesen und in vielen anderen Sektoren. Ob der Umgang mit dieser und künftigen Pandemien erfolgreich ist, hängt stark davon ab, ob es gelingt, für gesunde und sichere Arbeitsplätze zu sorgen, einschließlich eines Anspruchs aller arbeitenden Menschen auf angemessenes Krankengeld und das Recht, unsichere Tätigkeiten abzulehnen, was dazu beitragen würde, eine Übertragung zu vermeiden. Darum wird unsere Forderung nach der Anerkennung des Arbeitsschutzes als grundlegendes Recht, sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Praxis an jedem Arbeitsplatz, nicht nur Leben bei der

Arbeit retten, sondern auch ganz entscheidend zur öffentlichen Gesundheit heute und in Zukunft beitragen.

29. Es müssen wichtige Lektionen aus der Covid-19-Pandemie gelernt werden, u.a. mit Blick auf die Beobachtung potenzieller und neuer Bedrohungen sowie die internationale Berichterstattung und den Informationsaustausch darüber, hinsichtlich der Notwendigkeit von Investitionen in Pflege- und öffentliche Gesundheitskapazitäten und -strategien, bezüglich der Unterstützung der Forschung und Entwicklung pharmazeutischer Interventionen sowie des Nutzens nicht-pharmazeutischer Interventionen und des wirtschaftlichen und sozialen Rahmens, in den sie eingebettet sind.

30. Der Kongress:

- i. **fordert Zugang für alle zu kostenloser, hochwertiger öffentlicher Gesundheitsversorgung, einschließlich wirksamer und neuer Impfstoffe, Behandlungsmethoden und Tests, auch Antigen-Schnelltests, für Covid-19 sowie andere pandemische und endemische Erkrankungen;**
- ii. **fordert die Beseitigung, auch im Rahmen der WTO, sämtlicher mit dem geistigen Eigentum zusammenhängenden Hindernisse bei der Entwicklung von und bezüglich eines erschwinglichen Zugangs zu Impfstoffen, Tests und Behandlungsmethoden vor allem für Entwicklungsländer;**
- iii. **ruft auf zu weltweiten Bemühungen um die Schaffung von Produktionskapazitäten für Impfstoffe, Tests und Behandlungsmethoden in Entwicklungsländern;**
- iv. **fordert die Förderung öffentlicher Investitionen in die Forschung und dass pharmazeutische Unternehmen bezüglich öffentlicher Mittel zur Rechenschaft gezogen werden;**
- v. **begrüßt den Globalen ILO-Handlungsappell von 2021 für eine am Menschen orientierte Erholung, die inklusiv, nachhaltig und widerstandsfähig ist;**
- vi. **unterstreicht, dass eine evidenzbasierte behördliche Zulassung von Impfstoffen und anderen medizinischen Produkten zeitnah erfolgen muss und nicht auf rein nationalen oder privaten Interessen basieren darf;**
- vii. **ist sich bewusst, dass Vollbeschäftigung und ein Basisschutz für arbeitende Menschen, mit Grundrechten, existenzsichernden Löhnen und der Kontrolle über die Arbeitszeit, von elementarer Bedeutung für die öffentliche Gesundheit, Erholung und Resilienz sind;**
- viii. **verpflichtet sich zur Fortsetzung des Kampfes dafür, dass alle Arbeitsplätze gesund und sicher sind und dass alle Beschäftigten das Recht haben, unsichere Arbeiten abzulehnen;**
- ix. **erinnert daran, wie wichtig die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen ist, u.a. mit Blick auf Wasser, Sanitärversorgung und Wohnraum, die für die öffentliche Gesundheit unverzichtbar sind;**
- x. **ruft auf zu umfassenden Investitionen im öffentlichen Gesundheitswesen und Pflegebereich, die von fundamentaler Bedeutung für die Vorbereitung, Resilienz und Reaktionsfähigkeit sowie für die Solidarität zwischen den Generationen sind;**
- xi. **fordert von allen Ländern und Arbeitgebern die Gewährung bezahlter Krankentage, auch um sich wegen Covid-19 impfen und testen zu lassen oder sich zu isolieren;**
- xii. **erinnert daran, wie wichtig soziale Sicherheit ist, einschließlich Sozialschutz für alle;**
- xiii. **unterstreicht, dass alle Länder Covid-19 als Berufskrankheit anerkennen sollten.**

Technologie

31. Seit ihren frühesten Anfängen haben die Gewerkschaften im Zusammenhang mit der Einführung neuer Technologien Verhandlungen geführt und Tarifverträge abgeschlossen, um die

Vorteile für die Beschäftigten zu maximieren, die negativen Auswirkungen zu minimieren und sicherzustellen, dass die technologiebedingten wirtschaftlichen Gewinne geteilt werden. Diese wichtige Rolle der Gewerkschaften wird immer weiter untergraben: Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen werden unter Beschuss genommen, und Arbeitgeber nutzen die Technologie, um ein Beschäftigungsverhältnis zu umgehen und ihre Beschäftigten sogar Algorithmen unterzuordnen und in aufdringlicher Weise zu überwachen. In praktisch allen Wirtschaftszweigen, allen Bereichen menschlicher Tätigkeiten generell werden rasante Fortschritte mit Blick auf technische Kenntnisse und Innovationen erzielt, aber die daraus resultierenden wirtschaftlichen Gewinne werden nicht gerecht aufgeteilt. Nirgends ist dies so offensichtlich wie in der Technologiebranche selbst, mit der wenige Oligarchen riesige Vermögen gemacht haben, größtenteils unbesteuert. Zugleich hat fast die Hälfte der Weltbevölkerung keinen Zugang zu einer hochwertigen und erschwinglichen Internetverbindung.

32. Die Auswirkungen technologischer Fortschritte sind unterschiedlich, je nachdem, wo sich die einzelnen Länder in der globalen Lieferkette befinden, wobei ein unzulänglicher Technologietransfer dazu führt, dass viele Länder zurückgelassen werden und sich die Armut dadurch verfestigt. In vielen Ländern, vor allem in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, fehlt es den Gewerkschaften zudem an den erforderlichen Möglichkeiten und Ressourcen, um wirksame Verhandlungen mit Blick auf die Einführung neuer Technologien führen zu können.

33. Die Erzeugung von Daten ist von zentraler Bedeutung für technologische Fortschritte im Zeitalter des Internet, insbesondere angesichts der beschleunigten Entwicklungen im Bereich maschinellen Lernens oder "künstlicher Intelligenz". Das Volumen der erzeugten und verarbeiteten Daten nimmt exponentiell zu, und es sind die Eigentumsrechte an diesen Daten und die Kontrolle darüber, die für die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen entscheidend sind. Aus historischer Sicht hat der technologische Fortschritt einen Nettobeschäftigungszuwachs bewirkt und der Menschheit immensen Nutzen gebracht. Ob das auch in Zukunft der Fall sein wird, hängt von den Regeln ab, die für die Kontrolle der Daten, das Recht auf Privatsphäre, das Vereinigungs- und das Tarifverhandlungsrecht sowie lebenslanges Lernen gelten.

34. Dort, wo über die Einführung neuer Technologien mit den Gewerkschaften verhandelt wird, werden nicht nur die Interessen der Beschäftigten gewahrt, sondern es wird auch für einen effizienteren und wirksameren Einsatz der Technologie gesorgt. Damit der technologische Wandel dem Gemeinwohl dient, müssen die Regierungen regulatorische Rahmenwerke, die allen den Zugang zur Technologie ermöglichen, erarbeiten und in Kraft setzen und die grundlegenden ILO-Normen sowie andere international anerkannte Menschenrechte in einer sich rapide verändernden Welt stärken. Die Menschen müssen das Recht haben, über die sie betreffenden Daten zu verfügen, genauso wie sie das Recht haben müssen, über ihren eigenen Körper zu verfügen. Entscheidend dabei ist die Unterscheidung zwischen privaten Daten, offiziellen Daten, an denen ein berechtigtes staatliches Interesse besteht, und Daten, die freiwillig mit anderen geteilt werden.

35. Die Technologie hat auch Telearbeit und Arbeit von zu Hause aus ermöglicht, mit sowohl positiven als auch negativen Auswirkungen auf die Betroffenen. Seit dem Beginn der Pandemie arbeiten viel mehr Menschen von zu Hause aus, und für einige von ihnen dürfte diese Regelung dauerhaft sein. In vielen Fällen ordnen die Arbeitgeber ständige Telearbeit ohne Verhandlungen oder sogar ohne eine Anhörung an. Immer mehr Beschäftigte werden von ihren Arbeitgebern in ihrem Homeoffice in höchstem Maße aufdringlich und allgegenwärtig überwacht, und für viele ist es schwierig oder sogar unmöglich, ihr Arbeits- und Privatleben angemessen miteinander in Einklang zu bringen. Digitale Technologien werden auch dazu verwendet, um Outsourcing und Subunternehmertum auf Kosten der Rechte, der Arbeitsplatzsicherheit und der Löhne auszuweiten.

36. Ein gerechter Übergang und digitale Rechte für die Arbeitnehmer*innen bei der Bewältigung der mit technologischem Wandel verbundenen Umwälzungen sind heute wichtig und werden in Zukunft noch wichtiger werden. Digitale Rechte, basierend auf den grundlegenden Normen der ILO und untermauert durch die Inkraftsetzung dieser Normen, sind unerlässlich für die Förderung der Beschäftigung, die Überwindung geschlechtsspezifischer Unterschiede beim Zugang zur Technologie und bei deren Nutzung, für den Schutz der Sicherheit und Gesundheit arbeitender Menschen sowie

für die Sicherstellung, dass Arbeits- und Privatleben angemessen miteinander in Einklang gebracht werden können.

37. Angesichts zunehmender digitaler Behördenangebote hat ein fehlender Zugang zur digitalen Technologie zur Folge, dass viele Menschen, vor allem in der informellen Wirtschaft, keine Möglichkeit haben, wichtige staatliche Leistungen und Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

38. Forschung, Bildung und forschungsgetriebene Innovationen sind Voraussetzungen für den Aufbau und den Erhalt nachhaltiger Gesellschaften. Forschung, akademische Freiheit und Vertrauen in das Wissen sind Fundamente der Demokratie.

39. Der Kongress:

- i. fordert von den Regierungen die Einführung von Maßnahmen und Regeln zur Steuerung der Technologie, Daten und Anwendung von Algorithmen, die beschäftigungs- und arbeitnehmerfreundlich sind, die Privatsphäre schützen und sicherstellen, dass die Menschen die Kontrolle über ihre eigenen Daten und ihre Eigentumsrechte daran behalten;
- ii. ruft die Regierungen und internationalen Institutionen auf, die globale digitale Kluft zu überwinden, um allen Menschen weltweit eine Internetverbindung als Menschenrecht zu ermöglichen und Zugang zur Technologie zu verschaffen;
- iii. ruft die Regierungen und internationalen Institutionen auf, proaktive Digitalisierungsmaßnahmen und -strategien einzuführen, auch zur Verbesserung des Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen;
- iv. erklärt, dass die Regierungen keine Handelsabkommen ratifizieren dürfen, durch die die staatlichen Möglichkeiten bezüglich der Regulierung der digitalen Wirtschaft eingeschränkt werden;
- v. fordert die Entflechtung großer Technologiemonopole, um für einen fairen Wettbewerb und ein Ende von Machtmonopolen zu sorgen;
- vi. fordert Steuerreformen, um sicherzustellen, dass Technologieunternehmen ihren gerechten Anteil an Steuern in dem Land zahlen, in dem sie ihre Profite erwirtschaften;
- vii. fordert nationale und internationale Rahmenwerke, die vorherige Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die Einführung neuer Technologien in Unternehmen vorschreiben;
- viii. unterstreicht, dass die Regierungen den Arbeitsmarkt regulieren müssen, um die Falscheinstufung von Beschäftigten als selbstständige Unternehmer zu beenden und dafür zu sorgen, dass Beschäftigte in Plattformunternehmen und anderen digital vermittelten und technologiebezogenen Geschäftsformen über umfassende Vereinigungs- und Tarifverhandlungsrechte verfügen;
- ix. unterstreicht ferner, dass die Regierungen Wettbewerbsregeln aufheben müssen, die Freiberufler*innen daran hindern, kollektiv zu agieren und zu verhandeln, um eine faire Vergütung ihrer Arbeit zu erwirken;
- x. fordert regulatorische Rahmenwerke, die menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Telearbeit sicherstellen, u.a. durch die Förderung von Tarifverhandlungen und das Verbot einer aufdringlichen Überwachung der Beschäftigten, wo immer sie arbeiten;
- xi. fordert durchschlagende und umgehende Maßnahmen, um Unternehmen zu stoppen und zur Rechenschaft zu ziehen, die aus der Verbreitung von Lügen, Hassreden und Desinformationen Profit schlagen;
- xii. appelliert an Regierungen und Unternehmen, in jedem Land das Potenzial neuer Technologien maximal auszuschöpfen, um menschenwürdige, nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen, die zu einer Welt ohne CO₂-Emissionen und ohne Armut beitragen;
- xiii. fordert die Inkraftsetzung des Rechtes auf hochwertige **öffentlich finanzierte** Bildung für alle als Basis für sämtliche Rollen, die zu einer gut funktionierenden Gesellschaft

beitragen, sowie die Einführung von Systemen für kostenloses lebenslanges Lernen, um bei der Vorbereitung auf eine Arbeit, der Arbeitsuche sowie in Arbeit Kenntnisse, Fähigkeiten und technische Qualifikationen weiterzuentwickeln;

- xiv. ist sich bewusst, dass lebenslanges Lernen Investitionen in Bildung auf allen Ebenen erfordert, auch mit Blick auf menschenwürdige Arbeit und eine angemessene Ausstattung für Lehrkräfte und Ausbilder*innen, ebenso wie akademische Freiheit;
- xv. lehnt eine Liberalisierung des internationalen digitalen Handels ab, wenn die Staaten dadurch daran gehindert werden könnten, die sozialen und fiskalischen Praktiken digitaler Akteure zu regulieren;
- xvi. unterstreicht, dass die Regierungen auf den Zusammenhang zwischen digital vermittelten Geschäftstätigkeiten und Informalität eingehen müssen, auch entlang globaler Lieferketten.

40. Diese drei konvergierenden globalen Trends stellen heute erhebliche Gefahren für die Menschheit dar, und die Antwort der internationalen Gewerkschaftsbewegung darauf ist von zentraler Bedeutung. Obwohl die Forderung nach einem neuen Sozialvertrag an Dynamik gewinnt, kann er nur dann eine dauerhafte Wirkung erzielen, wenn er zukunftsfähig und resilient gegenüber unvermeidlichem Widerstand seitens regressiver politischer Kräfte und der Macht der Unternehmen ist. Er muss sich auf neue Wege stützen, um soziale und wirtschaftliche Fortschritte zu messen und Regierungen zur Verantwortung zu ziehen. Vor allem kann er nur legitim sein, wenn er sich auf die Forderungen arbeitender Menschen stützt.

Ein neuer Sozialvertrag

41. Der Kongress fordert, den neuen Sozialvertrag auf sechs Arbeitnehmerforderungen zu stützen:

- i. Arbeitsplätze
- ii. Rechte
- iii. Löhne
- iv. Sozialschutz
- v. Gleichstellung
- vi. Inklusion

Arbeitsplätze

42. Die Folgen der Covid-19-Pandemie haben weltweit mehr als 250 Millionen Arbeitsplätze vernichtet und die Unterbeschäftigung in vielen Ländern verschärft. Bereits vor der Pandemie waren die Regierungen kaum bereit, Vollbeschäftigung zu einem zentralen politischen Ziel zu erklären. Um Vollbeschäftigung zu erreichen, müssen 575 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Großteil dieser Arbeitsplätze muss mit Frauen besetzt werden, um das geschlechtsspezifische Beschäftigungsgefälle abzubauen. Die vorhandenen Arbeitsplätze werden immer prekärer und bieten keinen angemessenen Lebensstandard. Vielfach wird noch nicht einmal der häufig unzureichende offizielle Mindestlohn gezahlt, sofern es überhaupt einen gibt. Junge Menschen sind angesichts hoher Jugendarbeitslosigkeit, weitverbreiteter prekärer Beschäftigungsverhältnisse und zum Teil überhaupt keiner arbeitsvertraglichen Absicherung besonders stark betroffen.

43. Darüber hinaus sind rund zwei Milliarden Arbeitskräfte in informellen Beschäftigungsverhältnissen gefangen. Die Formalisierung dieser Tätigkeiten muss ein zentrales Ziel der Regierungen sein und sollte von internationalen Institutionen und vor allem von der ILO unterstützt werden. Besonders wichtig ist eine Reform der internationalen Finanzinstitutionen, um für die Bedingungen zu sorgen, die für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Formalisierung informeller Tätigkeiten erforderlich sind. Ebenso wichtig sind die Gestaltung eines arbeitnehmerfreundlichen Handelssystems sowie die Konzipierung und Umsetzung einer

Industriepolitik, einschließlich internationaler Unterstützung bei innerstaatlichen industriepolitischen Initiativen. Um diese Ziele zu erreichen, müssen die Regierungen im Rahmen des sozialen Dialogs mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, um innerstaatliche Beschäftigungspläne für klimafreundliche Arbeitsplätze mit gerechten Übergängen zu entwerfen und deren Umsetzung zu überwachen und sicherzustellen. Ein besonderer Fokus muss auf öffentliche Investitionen in Gesundheit und Pflege sowie auf eine Infrastruktur, die sowohl zu Netto-Null-CO₂-Emissionen als auch zu Klimaresilienz beiträgt, gerichtet werden.

44. Weltweit betragen die Arbeitsplatzverluste von Frauen 5% gegenüber 3,9% im Falle von Männern. Neunzig Prozent der Frauen, die ihre Arbeit in den ersten 18 Monaten der Pandemie verloren haben, sind aus dem Erwerbsleben ausgeschieden, was einen potenziell längeren Ausschluss von Frauen aus dem Arbeitsmarkt bedeutet. Dieses geschlechtsspezifische Ungleichgewicht muss durch Beschäftigungspläne ausgeglichen werden, die den Schwerpunkt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen sowie für junge Menschen legen.

45. Die Pandemie hat zudem die Folgen unzureichender Investitionen in Gesundheit und Pflege in schonungsloser Weise verdeutlicht: Pflegeeinrichtungen, die Bedürftige nicht angemessen versorgen können, und Krankenhäuser sowie öffentliche Gesundheitssysteme, die über keine ausreichenden Kapazitäten verfügen, um mit der Flut von Covid-Fällen fertigzuwerden. Verdeutlicht wurden dadurch auch die Auswirkungen einer Privatisierung dieser unverzichtbaren Dienste, wobei private Anbieter auf Kosten einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung und häufig einer hochwertigen Versorgung Profite machen. Darüber hinaus hat der Druck auf durch Privatisierung und Unterfinanzierung bereits geschwächte Gesundheitseinrichtungen und Mobile Dienste dazu geführt, dass zahlreiche andere ernste Krankheiten nicht behandelt werden können, was schwerwiegende Folgen für die Betroffenen hat.

46. Öffentliche Investitionen in die Beschäftigung und in die Schaffung menschenwürdiger und sicherer Arbeitsplätze sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor führen wiederum zu erhöhtem Wirtschaftswachstum und mehr Jobs. Eine Mischung aus ordnungspolitischen und fiskalischen Maßnahmen, Investitionen in die allgemeine und die berufliche Bildung sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik sind wesentliche Komponenten eines kohärenten und wirksamen Beschäftigungsplans. Darüber hinaus haben die Bemühungen der Gewerkschaften um den Erhalt sozial abgesicherter Arbeitsplätze im Rahmen des sozialen Dialogs dazu beigetragen, die negativen Auswirkungen der Krise abzumildern. Daneben rückt die Industriepolitik wieder in den Mittelpunkt öffentlicher Debatten, sie muss als Grundlage für innerstaatliche Beschäftigungspläne und die Entwicklung dienen.

47. Die Erreichung von Vollbeschäftigung erfordert fiskalischen Handlungsspielraum für die Regierungen sowie Unterstützung und Anreize seitens der internationalen Finanzinstitutionen zugunsten makroökonomischer Maßnahmen, die Arbeitsplätze schaffen und die neueste Technologie nutzen.

48. Der Beitrag, den die Sozial- und Solidarwirtschaft durch Genossenschaften und andere Gesellschaften auf Gegenseitigkeit zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen leistet, muss auch durch sie fördernde Strategien und Programme begünstigt werden.

49. Einige Regierungen haben beim Erhalt und bei der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze gute Erfolge erzielt, und die Lehren aus diesen Erfahrungen müssen analysiert und andernorts angewandt werden.

50. Der Kongress:

- i. stellt fest, dass die Schaffung menschenwürdiger und sicherer Arbeitsplätze unerlässlich für die Erholung von den ersten Auswirkungen der Pandemie und von anderen globalen Krisen sowie für die in Zukunft erforderliche Resilienz und Nachhaltigkeit ist;**
- ii. fordert von allen Regierungen, Vollbeschäftigung zu einem zentralen politischen Ziel zu erklären, und von internationalen Finanz- und anderen Institutionen wie der WTO, prioritäre Unterstützung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, vor allem für Frauen und**

junge Menschen;

- iii. **legt als Ziel mit Blick auf die Erreichung von Vollbeschäftigung die Schaffung von 575 Millionen neuen Arbeitsplätzen und die Formalisierung von mindestens der Hälfte aller informellen Tätigkeiten bis 2030 fest und ist sich dabei der Bedeutung der ILO-Empfehlung 204 bewusst;**
- iv. **fordert alle Regierungen auf, im Rahmen ihrer Erholungsstrategien und in Rücksprache mit den Gewerkschaften innerstaatliche Beschäftigungspläne zu entwerfen und umzusetzen, die für die Schaffung klimafreundlicher Arbeitsplätze mit gerechten Übergängen sorgen und dabei öffentlichen Investitionen in Gesundheit, Pflege und klimafreundliche Infrastruktur Priorität einzuräumen sowie Maßnahmen zum Erhalt von Arbeitsplätzen mit angemessener sozialer Absicherung zu ergreifen;**
- v. **fordert die Regierungen auf, mit Unterstützung der internationalen Institutionen bei beschäftigungsintensiven Klimaschutzmaßnahmen so umfassend wie möglich auf neue Technologien zurückzugreifen, auch durch die Beseitigung von Hindernissen und die Schaffung von Anreizen mit Blick auf den Technologietransfer;**
- vi. **betont die Notwendigkeit abgestimmter Maßnahmen, um die Formalisierung informeller Tätigkeiten im Rahmen von Strategien zur Schaffung guter Arbeitsplätze zu unterstützen;**
- vii. **unterstreicht die Notwendigkeit angemessener Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung, um das SDG 4 für inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung für alle zu realisieren und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle zu fördern;**
- viii. **appelliert an die Regierungen, Tarifverhandlungen als Grundrecht und als wirksames Instrument mit Blick auf geteilte Verantwortung und geteilten Wohlstand, Übergänge und Vertrauen anzuerkennen und zu stärken;**
- ix. **ruft zu multilateraler Zusammenarbeit auf, u.a. mit Blick auf Schuldenerleichterungen und gegebenenfalls Schuldenerstreichungen, Investitionen und eine Zusammenarbeit in Steuerfragen, um Ländern Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen.**

Rechte

51. Angriffe auf Grundrechte in aller Welt untergraben die Demokratie und Rechenschaftspflicht, schüren Spaltung und Populismus und schwächen die Grundfesten unserer Gesellschaft. Diktatoren können ungestraft agieren, und autokratische Tendenzen stellen selbst in Demokratien eine ständige Bedrohung dar. Ähnliche Maßnahmen wie die, die in Diktaturen ergriffen werden, kommen auch in demokratischen Ländern zum Einsatz, wenn Regierungen versuchen, öffentlichen Dissens in wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragen zu unterdrücken. Die kollektive gewerkschaftliche Organisationsstärke und Solidarität bilden das wirkungsvollste Gegengewicht zu diesen Trends, vor allem dort, wo Regierungen ihrer obersten Verpflichtung, dem Schutz aller Menschenrechte und der Gewährleistung ihrer Achtung, nicht nachkommen.

52. Darum hat die Verteidigung und Förderung der Rechte arbeitender Menschen als grundlegende Menschenrechte für den IGB höchste Priorität.

53. Der [Globale Rechtsindex des IGB](#) dokumentiert die jahrzehntelange Aushöhlung der Vereinigungs- und Tarifverhandlungsrechte arbeitender Menschen, die mit zunehmenden Beschränkungen der Rede- und Versammlungsfreiheit einhergeht. Wenn grundlegende internationale Arbeitsnormen unter Beschuss geraten, leiden der Lebensstandard und die Arbeitsbedingungen. Wenn sich die Menschen nicht organisieren können, um das Machtgleichgewicht am Arbeitsplatz zu verlagern, werden andere Rechte, einschließlich des Rechtes auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit, erheblich beeinträchtigt. Vom IGB initiierte internationale Gewerkschaftsaktionen zur Unterstützung arbeitender Menschen in Ländern mit autokratischen und totalitären Regimen wie in Belarus, Eswatini, Hongkong, [Iran](#), Myanmar und anderen, in denen schwere Rechtsverletzungen begangen werden, wie beispielsweise in Bangladesch, [Indien](#), Kolumbien, Guatemala, Haiti, Palästina,

den Philippinen, der Westsahara, der Türkei, Simbabwe und an vielen anderen LändernOrten der Welt, sind wichtige Solidaritätsbekundungen für die dortigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

54. Eine schnelle internationale Reaktion auf Rechtsverletzungen ist als Solidaritätsbekundung wichtig, und durch umfassende Maßnahmen, einschließlich Kampagnen und Lobbyarbeit, werden Beschäftigte in Ländern unterstützt, in denen Rechte massiv mit Füßen getreten werden, politische Unterdrückung herrscht und arbeitende Menschen Konflikten und Gewalt ausgesetzt sind. Der Globale Rechtsindex spielt eine entscheidende Rolle dabei und dient als Grundlage für zielgerichtete Aktionen, vor allem in gefährdeten Ländern.

55. Obwohl die Arbeitnehmer den Versuchen der Arbeitgeber bei der ILO, das Streikrecht infrage zu stellen, standgehalten haben, wird dieses elementarste Recht in zahlreichen Ländern untergraben. Ohne Streikrecht haben arbeitende Menschen keine Möglichkeit, sich selbst und ihre Kolleginnen und Kollegen vor Ausbeutung zu schützen, ihren Lebensstandard und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern und sich Tyrannei und Unterdrückung zu widersetzen. Damit einher gehen immer häufiger Angriffe auf das Recht der Arbeitnehmer*innen auf Rede- und Versammlungsfreiheit.

56. Die Versuche der Arbeitgeber, das Normensetzungs- und Überwachungssystem der ILO zu schwächen, sind nicht auf das Streikrecht begrenzt gewesen. Ihr Widerstand gegen die Betrachtung des Arbeitsschutzes als grundlegendes Arbeitnehmerrecht und ihre Bemühungen um die Verhinderung eines ILO-Engagements im Bereich Lieferketten und Sorgfaltspflicht sind lediglich zwei Beispiele dafür, ebenso wie ihr Widerstand gegen das Setzen neuer ILO-Normen. Eine starke und maßgebende ILO, die die Ratifizierung und Einhaltung internationaler Arbeitsnormen sicherstellt, ist von zentraler Bedeutung für die Verwirklichung der Arbeitnehmerrechte und somit des neuen Sozialvertrages.

57. Die ILO-Normen sind von grundlegender Bedeutung für konstruktive Beziehungen zwischen Arbeitgebern und, über ihre Gewerkschaften, Arbeitnehmern. Dort, wo die Arbeitgeber einem wirklichen sozialen Dialog, Tarifverhandlungen und dem Vereinigungsrecht verpflichtet sind, werden die Gewerkschaften Verhandlungen mit ihnen führen. Dort, wo die Arbeitgeber diese Rechte verletzen, werden sich die Gewerkschaften zur Wehr setzen und der IGB wird sie durch internationale Solidarität und Druckmittel unterstützen. Darüber hinaus müssen eine wirksame Überwachung und Inkraftsetzung der ILO-Normen eine Priorität auf nationaler und internationaler Ebene sein.

58. Auch mit Blick auf andere grundlegende Arbeitsnormen gibt es nach wie vor erhebliche Defizite. Mindestens 26 Millionen Menschen arbeiten in Zwangsarbeitssituationen, obwohl das ILO-Zwangsarbeitsprotokoll inzwischen in Kraft getreten ist und von mehr als 50 Ländern ratifiziert wurde. In den letzten Jahren wurden auch keine weiteren Fortschritte bezüglich Kinderarbeit erzielt. Obwohl alle ILO-Mitgliedsstaaten das Übereinkommen 182 und fast alle das Übereinkommen 138 ratifiziert haben, gibt es nach wie vor rund 160 Millionen Kinder, die arbeiten. Außerdem werden Menschen weltweit immer noch aufgrund ihres Geschlechts, ihrer ethnischen Herkunft bzw. aus rassistischen oder anderen Gründen diskriminiert. In den meisten Ländern ist die Gleichbezahlung von Frauen nach heutigem Stand noch Jahrzehnte entfernt. In all diesen Bereichen hat sich die Situation im Zuge der Pandemie verschlechtert.

59. Die Hauptverantwortung für die Arbeitnehmer- und andere Menschenrechte tragen zwar die Regierungen, aber es sind beträchtliche Fortschritte erzielt worden, um für eine Sorgfaltspflicht in den Lieferketten multinationaler Unternehmen zu sorgen, und in einer Reihe von Ländern wurden als Reaktion auf Forderungen von Gewerkschaften und ihren Verbündeten entsprechende Gesetze verabschiedet. Es muss noch wesentlich mehr getan werden. Die Unternehmen müssen für ihre gesamten Lieferketten verantwortlich gemacht und zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie oder ihre Zulieferer oder andere Geschäftspartner in Geschäfte verwickelt sind, bei denen Rechte verletzt werden. Während die Verhandlungen über ein UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte andauern, muss auf alle verfügbaren und wirksamen nationalen und internationalen Verfahren zurückgegriffen werden, um für eine Rechenschaftspflicht der Unternehmen zu sorgen. Zudem muss die ILO ein neues Übereinkommen annehmen, um Normen- und Ordnungsdefizite entlang globaler Lieferketten zu korrigieren.

60. Das aktuelle Geschäftsmodell muss durch konstruktive Arbeitsbeziehungssysteme im Einklang mit den ILO-Übereinkommen 87 und 98, durch menschenwürdige Arbeit, Sozialschutz und ein stabiles politisches Klima ohne Angst vor Repressalien ersetzt werden. Es gibt keinen besseren Weg, um die soziale Gerechtigkeit zu fördern und integrative soziale und wirtschaftliche Fortschritte zu erzielen, als den sozialen Dialog und Tarifverträge. Ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad und eine hohe Tarifbindung sowie ein solider sozialer Dialog sind gute Voraussetzungen für wirtschaftliche Stärke und können zudem in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit als Puffer zu dienen.

61. Auf nationaler Ebene müssen die Arbeitsaufsichtsbehörden angemessen mit Ressourcen ausgestattet sein und die Systeme zur Inkraftsetzung der Arbeitsgesetze, einschließlich der ILO-Normen, auf gerichtlichem Weg über die erforderlichen Mandate und Ressourcen verfügen, um einen wirksamen Schutz bieten zu können.

62. Die immer größer werdende Macht der Unternehmen und ihre Dominanz gegenüber Regierungen liegt der Verweigerung von Arbeitnehmerrechten zugrunde. Sie haben dafür gesorgt, dass die Steuersysteme sie begünstigen und den Interessen der Menschen zuwiderlaufen. Mehr als 500 Milliarden US-Dollar an Unternehmenssteuereinnahmen gehen jedes Jahr in Steueroasen verloren, ebenso wie weitere 200 Milliarden US-Dollar von vermögenden Privatpersonen. An zu vielen Orten werden Unternehmen immer noch nicht für Rechtsverstöße und die Zerstörung der Umwelt, einschließlich CO₂-Emissionen, bestraft. Die Konsolidierung unternehmerischer Macht durch Fusionen und Übernahmen, die Ausschaltung des Wettbewerbs, die Verweigerung menschenwürdiger Löhne und Arbeitsbedingungen und die Kontrolle über die Technologie hat es wenigen Personen ermöglicht, uneingeschränkte Macht zu erlangen, durch die Monopole entstanden sind, die entweder zerschlagen oder in demokratische Eigentumsverhältnisse überführt und einer demokratischen Kontrolle unterstellt werden müssen. Die zehn größten Konzerne der Welt haben im Jahr 2021 Gewinne in Höhe von insgesamt rund 360 Milliarden US-Dollar deklariert. Die Entflechtung von Technologiemonopolen muss es Entwicklungs- und Schwellenländern ermöglichen, ihren Platz in der Technologiebranche und in den Industrien, die von ihr abhängig sind, einzunehmen.

63. Der Rückgriff auf das Modell der "Plattformunternehmen" zur Umgehung eines Beschäftigungsverhältnisses nimmt zu, erhöht die Informalität und gefährdet die Arbeitnehmerrechte nicht nur in bekannten Unternehmen im Bereich der Personenbeförderung, sondern auch in vielen anderen Branchen, einschließlich Lieferketten.

64. Großkonzerne haben die Regeln der Weltwirtschaft festgelegt. Es ist an der Zeit, dass die Regierungen [im Dialog mit den Gewerkschaften](#) die Regeln im Interesse der Menschen neu festlegen und den Planeten vor der Umweltzerstörung retten.

65. Der Kongress:

- i. verpflichtet sich zur uneingeschränkten Unterstützung der Demokratie und Selbstbestimmung und zur Mobilisierung auf internationaler Ebene, um Arbeitnehmer*innen und ihre Gewerkschaften beim Kampf gegen Diktaturen und autokratische Regime zu unterstützen;**
- ii. ruft die Regierungen auf, für die Achtung internationaler Arbeitsnormen zu sorgen, indem sie ihren Verpflichtungen im Rahmen der ILO nachkommen, und den Wettlauf nach unten bezüglich der Rechte arbeitender Menschen zu beenden;**
- iii. verpflichtet sich zur Unterstützung der Gewerkschaften bei ihren Bemühungen um die umfassende Nutzung der ILO-Normen und des ILO-Überwachungssystems;**
- iv. bekräftigt die zentrale Bedeutung von Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen und verpflichtet sich zu Bemühungen um die Anerkennung dieser elementaren Rechte sowie um die Beendigung ihrer Beschränkung überall;**
- v. ist entschlossen, das Streikrecht für alle arbeitenden Menschen weiter zu verteidigen;**
- vi. bestätigt die unerlässliche Rolle der Internationalen Arbeitsorganisation, ihre einzigartige dreigliedrige Struktur und Normensetzungs- und Überwachungsverfahren sowie ihre**

- Federführung in wirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen und sozialen Fragen innerhalb des internationalen Systems;
- vii. ist sich bewusst, dass die Menschenrechte auf Rede- und Versammlungsfreiheit sowie auf das Recht auf Protest von zentraler Bedeutung für die Gewerkschaften und ihre Fähigkeit sind, die Arbeitnehmerrechte und -interessen zu fördern und zu schützen;
 - viii. verpflichtet sich, auf sichere und gesunde Arbeitsplätze sowie auf die Einrichtung von Arbeitsschutzausschüssen unter Beteiligung der Geschäftsführung und der Gewerkschaften überall hinarbeiten;
 - ix. fordert die universelle Anwendung des in der ILO-Jahrhunderterklärung enthaltenen Basisschutzes für arbeitende Menschen;
 - x. ruft alle Regierungen auf, weltweit als Minimum eine Sorgfaltspflicht entlang von Lieferketten im Einklang mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte einzuführen, und appelliert an regionale und internationale Institutionen, dies zu unterstützen, ebenso wie die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen;
 - xi. verpflichtet den IGB dazu, mit der ILO zusammenzuarbeiten, um das Konzept konstruktiver Arbeitsbeziehungen gegenüber anderen internationalen Organisationen voranzubringen, sowie mit den GUFs auf die Förderung der Sorgfaltspflicht und eine verbindliche Regulierung hinarbeiten, um sicherzustellen, dass die Unternehmen die Menschen- und Arbeitnehmerrechte achten und angemessen auf Verstöße reagieren;
 - xii. fordert den IGB auf, die nationalen Organisationen dazu zu ermutigen, sich aktiv am Dialog mit Arbeitgebern und ihren Verbänden zu beteiligen, und diesbezügliche Bemühungen zu unterstützen;
 - xiii. verpflichtet sich zum Einsatz für den Abschluss eines soliden UN-Abkommens über Wirtschaft und Menschenrechte und für seine weltweite Ratifizierung und Umsetzung sowie für ein ILO-Übereinkommen über Lieferketten;
 - xiv. fordert in allen internationalen Handelsabkommen ~~Ausnahmen für öffentliche Dienstleistungen von Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren~~, durchsetzbare Verfahren zum Schutz der Arbeitsnormen und Menschenrechte sowie und die Wahrung des Rechtes der Staaten, Gesetze im öffentlichen Interesse zu verabschieden, sowie die Abschaffung von Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren, um öffentliche Dienstleistungen, die Arbeitnehmerrechte und Souveränität zu schützen;
 - xv. fordert umgehende und umfassende Maßnahmen, um für eine Mindeststeuer für Unternehmen auf internationaler Ebene zu sorgen, Steuervermeidung zu beenden, u.a. durch die Verhinderung des Zugangs zu öffentlichen Ausschreibungen und die Streichung von Subventionen für Unternehmen, die Steuern hinterziehen, und die Rückführung der in Steueroasen deponierten Gelder zu erwirken, um Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen;
 - xvi. verurteilt Unternehmen, die aus Konflikten und Engpässen bei der Versorgung mit Lebensmitteln, Brennstoff und anderen lebenswichtigen Gütern Profit schlagen, und fordert deren Besteuerung;
 - xvii. bekräftigt die Verpflichtung des IGB zu ausgewogenen und gerechten internationalen Handelsabkommen, die produktive Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern;
 - xviii. unterstreicht, dass die Regierungen gesetzliche Schlupflöcher schließen müssen, auch mit Blick auf Plattformunternehmen, die ein Beschäftigungsverhältnis verweigern;
 - xix. bekräftigt die Rechte von Wanderarbeitskräften und die Bedeutung einer sicheren, geordneten und regulären Migration sowie der Inkraftsetzung internationaler Arbeits- und anderer Menschenrechtsnormen im Rahmen bilateraler und multilateraler Abkommen;
 - xx. fordert Wettbewerbs- und Kartellgesetze, die das Entstehen privater unternehmerischer Machtmonopole wie im Falle Amazons verhindern, und die Zerschlagung bestehender

Monopole oder deren Überführung in öffentliches Eigentum;

- xxi. **fordert Maßnahmen, um zu verhindern, dass die sozialen Medien und ähnliche Plattformen dazu verwendet werden, um die Demokratie zu untergraben und Hassreden sowie Desinformationen zu verbreiten;**
- xxii. **verpflichtet sich zur Unterstützung des Engagements der Mitgliedsorganisationen mit Blick auf politische Debatten und Wahlen;**
- xxiii. **bedauert die fortdauernde Besetzung Palästinas durch Israel und bekräftigt die beim 4. IGB-Weltkongress in Kopenhagen beschlossene Position zugunsten einer Zweistaatenlösung im Einklang mit den einschlägigen UN-Sicherheitsratsresolutionen;**
- xxiv. verurteilt die Machtübernahmen und die massive Unterdrückung in Afghanistan, Belarus, Eswatini, Hongkong, Myanmar und überall dort, wo Macht durch Gewalt und den Missbrauch rechtsstaatlicher Verfahren ergriffen oder erhalten wird;**
- xxiv-xxv. bekräftigt die Position des 4. IGB-Weltkongresses, der das Leid des saharauischen Volkes in der Westsahara verurteilt hat, und fordert alle beteiligten Parteien dringend auf, eine gerechte und dauerhafte Lösung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zu finden, und verpflichtet sich zur uneingeschränkten Unterstützung des Rechtes auf Selbstbestimmung für alle Menschen.**

Löhne

66. Die weltweite Lohnquote ist seit vielen Jahren rückläufig und sinkt besonders für Beschäftigte mit geringeren Einkommen. Der weltweite Anteil der Kapitaleinkommen steigt weiter. Unterdessen ist die Einkommensungleichheit in die Höhe geschossen. Schon vor der Covid-19-Pandemie haben viele Menschen nicht genug verdient, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Die Weltweite Umfrage des IGB im Jahr 2020 hat ergeben, dass die Haushaltseinkommen von 42% der Befragten hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben sind. Während die Arbeitsproduktivität seit Jahrzehnten stetig steigt, geraten die Löhne weiter ins Hintertreffen. Das weltweite geschlechtsspezifische Lohngefälle beträgt nach wie mehr als 20%.

67. Der Gesamtprozentsatz der weltweiten Arbeitnehmerschaft, die unter Tarifverträge fällt, ist ebenfalls zurückgegangen, ein Hauptgrund für die sinkende Lohnquote. Der Globale Rechtsindex des IGB 2021 hat gezeigt, dass das Recht auf Tarifverhandlungen in 79% der Länder verletzt worden war. Die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes, einschließlich des missbräuchlichen Rückgriffs auf befristete Arbeitsverträge und Zeitarbeitsverträge, hat die Löhne ebenfalls nach unten gedrückt, die Prekarität vergrößert und die Arbeitnehmerrechte untergraben. Von diesen Trends sind Frauen unverhältnismäßig stark betroffen, wobei die anhaltende und systematische Unterbewertung ihrer Arbeit ein wichtiger Faktor für das geschlechtsspezifische Lohngefälle ist.

68. Es ist kein Zufall, dass die Länder mit den höchsten Durchschnittslöhnen, der besten Lebensqualität und den leistungsstärksten Volkswirtschaften auch diejenigen mit der größten Tarifbindung sind. In den letzten Jahrzehnten ist die Tarifbindung überall auf der Welt kontinuierlich zurückgegangen, während die Reichen noch reicher geworden sind und einige wenige ein obszönes Vermögen angehäuft haben. Tarifverhandlungen sind von zentraler Bedeutung für die Umverteilung des Reichtums und werden in der Praxis stets das wirksamste dafür Mittel sein. Die Gewährleistung, dass alle arbeitenden Menschen das Recht haben, einer Gewerkschaft beizutreten und Tarifverhandlungen zu führen, ist von entscheidender Bedeutung für die Wiederherstellung eines angemessenen Lebensstandards, vor allem angesichts der katastrophalen Folgen der Pandemie auf die Lebensstandards und der kriegsbedingten Preiserhöhungen für Lebensmittel, Energie und andere Waren in aller Welt.

69. Länder mit einer hohen Tarifbindung haben auch tendenziell die höchsten Mindestlöhne, selbst dann, wenn die Mindestlöhne nicht im Rahmen von Tarifverhandlungen festgelegt werden. Insgesamt sind die weltweiten Mindestlohniveaus jedoch schlichtweg zu gering, um arbeitenden Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Bei der weltweiten Umfrage, die der IGB im Jahr 2020

durchgeführt hat, haben 76% der Befragten angegeben, dass der Mindestlohn in ihrem Land nicht ausreicht. Laut ILO müssen rund 327 Millionen Menschen bzw. 19% der weltweiten Erwerbsbevölkerung mit dem Mindestlohn auskommen. Für viele von ihnen reicht der Mindestlohn nicht zum Leben aus. Frauen sind von unzulänglichen Mindestlöhnen überproportional betroffen, und für viele junge Menschen sind unter dem Mindestlohn liegende "Jugendlohnsätze" die einzige Möglichkeit, um überhaupt eine Arbeit zu finden.

70. Ein wachsendes Problem für viele Teilzeit- und prekär Beschäftigte, die auf Stundenbasis bezahlt werden, besteht darin, dass sie nicht genügend Stunden arbeiten können, um ein menschenwürdiges Auskommen zu haben, während diejenigen, deren Einkommen von Plattformunternehmen abhängt, vielfach übermäßig lange arbeiten müssen, um niedrige Stunden- oder Auftragslohnsätze auszugleichen.

71. Die Umkehr des rückläufigen Trends der Lohnquote und die Gewährleistung, dass alle arbeitenden Menschen angemessen und im Einklang mit ihren Qualifikationen, ihrer Ausbildung und ihrer Verantwortung vergütet werden, sind von fundamentaler Bedeutung für den Sozialvertrag. Überall auf der Welt kämpfen die Gewerkschaften für Lohngerechtigkeit, und internationale Solidarität zur Unterstützung dieser Bemühungen ist unverzichtbar.

72. Der Kongress:

- i. ist sich mit Blick auf Lohngerechtigkeit der fundamentalen Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit, der Tarifverhandlungen und des sozialen Dialogs bewusst, auch entlang nationaler und internationaler Lieferketten;
- ii. erinnert an die fundamentale Bedeutung existenzsichernder Mindestlöhne, die auf gesetzlichem Weg oder im Rahmen von Tarifverhandlungen festgelegt werden, wie in der ILO-Jahrhunderterklärung dargelegt und in der Erklärung von Philadelphia zugesichert;
- iii. fordert von den Regierungen, dass sie ihrer Verpflichtung gemäß ILO-Übereinkommen 98 nachkommen und das Recht auf Tarifverhandlungen fördern und durchsetzen;
- iv. verpflichtet sich zum Kampf für die Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles und ein Ende der Segmentierung des Arbeitsmarktes, durch die Frauen, Migrant*innen, indigene Bevölkerungsgruppen und andere ausgegrenzte Gruppen in Niedriglohnjobs abgedrängt werden, bei denen ihre Arbeit unterbewertet wird;
- v. lehnt unter dem Mindestlohn liegende ausbeuterische Lohnsätze für jüngere Arbeitskräfte und rechtswidrige unvergütete Praktika ab;
- vi. ruft die Regierungen auf, nicht länger zuzulassen, dass Arbeitgeber verschleierte Arbeitsverhältnisse ausnutzen und in missbräuchlicher Weise auf prekäre Arbeitsbeziehungen zurückgreifen, um die Löhne zu drücken und Tarifverhandlungen zu untergraben;
- vii. fordert existenzsichernde Mindestlöhne für alle Beschäftigten, ~~auch in informellen Arbeitsverhältnissen~~ einschließlich informell Beschäftigter, Hausangestellter, Selbstständiger und derjenigen, und wenn sie die von zu Hause aus arbeiten, und bekräftigt die Bedeutung der ILO-Übereinkommen 177 und 189;
- viii. sagt Mitgliedsorganisationen, die Kampagnen für Arbeitsplätze und bessere Löhne durchführen, Unterstützung seitens des IGB zu, ebenso wie Hilfe für Gewerkschaften beim Ausbau ihrer Verhandlungskapazitäten, in enger Zusammenarbeit mit den IGB-Regionalorganisationen und -strukturen.

Sozialschutz

73. Weltweit verfügen 75% der Beschäftigten über keinen angemessenen oder überhaupt keinen Sozialschutz, was verheerende Folgen für ältere, kranke oder behinderte Menschen, Frauen, insbesondere für die, denen familiäre Verpflichtungen aufgebürdet werden, sowie für Arbeitslose,

prekär und informell Beschäftigte hat. Die fehlende soziale Absicherung hat zur Folge, dass Millionen Beschäftigte weltweit arbeiten müssen, obwohl die Gefahr besteht, dass sie selbst an Covid erkranken oder andere infizieren. Lediglich die Hälfte aller Länder weltweit hat befristete Sozialschutzmaßnahmen als Reaktion auf die Pandemie ergriffen, und viele dieser Maßnahmen waren unzureichend und zu kurz bemessen. Länder mit einer starken sozialen Absicherung haben sich in der Pandemie besser geschlagen.

74. Dort, wo die politische Entscheidung getroffen wurde, universellen Schutz zu finanzieren, wurde das Fundament für geteilten Wohlstand gelegt. Es hat sich zudem gezeigt, dass der soziale Schutz einen positiven Nettobeitrag zur Volkswirtschaft leistet. Die erforderlichen anfänglichen und fortlaufenden Investitionen sind nachhaltig und sorgen für mehr Gleichstellung, soziale und wirtschaftliche Inklusion und wirken sich positiv auf die öffentliche Gesundheit aus.

75. Mit nur 0,25% des weltweiten BIP könnte die Sozialschutzlücke in Ländern mit geringem Einkommen geschlossen werden, und durch eine Reform des internationalen Steuersystems, einschließlich Vermögenssteuern, Kapitalertragssteuern, einer Mindestbesteuerung von Unternehmen gekoppelt mit der weltweiten Bekämpfung von Steuervermeidung und der Besteuerung von Finanz- und Devisentransaktionen, stünden mehr als genug Ressourcen zur Verfügung, um den Ausschluss von drei Vierteln der Weltbevölkerung von einer angemessenen sozialen Absicherung zu beenden. Darüber hinaus sollte ein adäquater Teil der offiziellen Entwicklungshilfe in den sozialen Schutz fließen, und er sollte angemessen in die Programme der internationalen Finanzinstitutionen integriert werden.

76. Der Aufbau sozialer Schutzsysteme, die universell, angemessen und auf die Bedürfnisse derjenigen mit und ohne Arbeit abgestimmt sind, muss ein inklusiver Prozess sein, basierend auf sozialem Dialog, um überhaupt für Sozialschutz zu sorgen und sicherzustellen, dass er nachhaltig ist und die Bedürftigen erreicht. Dies ist von entscheidender Bedeutung für die Umwandlung informeller Tätigkeiten in reguläre Arbeitsverhältnisse. Die zentrale Rolle des Staates ist besonders wichtig, und die mit der Privatisierung staatlicher Renten- und Sozialversicherungssysteme gemachten katastrophalen Erfahrungen, wie etwa in Chile, dürfen sich nicht wiederholen.

77. In einer Reihe von Ländern setzen demografische Veränderungen mit einer alternden Bevölkerung und Arbeitnehmerschaft die Rentensysteme unter Druck, sowohl die staatlichen als auch die Zusatzsysteme, sofern vorhanden. Gleichzeitig wird die Jugendarbeitslosigkeit immer mehr zum Problem, selbst in Ländern mit einer alternden Bevölkerung. Alle arbeitenden Menschen müssen im Alter in Würde von ihren Bezügen leben können, und die staatliche Beschäftigungs- und Sozialpolitik muss dafür sorgen, dass dies der Fall ist, indem u.a. Arbeitsplätze für junge Berufseinsteiger*innen geschaffen werden, um die wirtschaftliche Basis der Rentensysteme zu untermauern. Der soziale Schutz muss eine Frage der Solidarität zwischen den Generationen sein.

78. Der Kongress:

- i. bekräftigt die Verpflichtung des IGB zur Sicherstellung eines angemessenen sozialen Schutzes als Recht für alle, einschließlich eines Basisschutzes, und appelliert an die Regierungen und die internationalen Institutionen, dafür unter Federführung der ILO zu sorgen;**
- ii. fordert die Einrichtung eines globalen Sozialschutzfonds für die am wenigsten wohlhabenden Länder;**
- iii. fordert die Erhöhung des Beitrages der Entwicklungshilfe zum Sozialschutz auf mindestens 7% der Hilfgelder bis 2030 und Fortschritte in Richtung auf 14% nach 2030;**
- iv. unterstreicht die Bedeutung des sozialen Dialogs bei der Einführung und Umsetzung von Sozialschutzsystemen;**
- v. befürwortet grundlegende Steuerreformen, einschließlich einer weltweiten Mindeststeuer für Unternehmen, Finanztransaktionssteuern, Vermögenssteuern und anderer Maßnahmen zur Unterbindung von Spekulationen sowie der Bekämpfung von Steueroasen und Steuervermeidung durch Unternehmen und Reiche, um einen Beitrag zur**

Finanzierung des sozialen Schutzes zu leisten, vor allem in den am wenigsten wohlhabenden Ländern;

- vi. **fordert Schuldenerleichterungen und Maßnahmen der internationalen Finanzinstitutionen, um den fiskalischen Handlungsspielraum zu schaffen, den weniger wohlhabende Länder brauchen, um universelle Sozialschutzsysteme einzuführen;**
- vii. **fordert progressive Steuersysteme auf nationaler Ebene.**

Gleichstellung

79. Die bereits vorhandenen Ungleichheiten bei der Arbeit und in der Gesellschaft sind durch die Covid-19-Pandemie erheblich verschärft worden. Vor der Pandemie betrug das weltweite geschlechtsspezifische Lohngefälle immer noch mehr als 20%, der Ausschluss von Frauen aus dem Arbeitsmarkt war tief verwurzelt, Frauen waren in prekären, ~~und~~ atypischen und informellen Arbeitsformen überrepräsentiert und die überwältigende Mehrheit der Pflege- und Betreuungstätigkeiten wurde von Frauen verrichtet, vielfach ohne Bezahlung, da nicht in angemessenem Umfang in die Pflegewirtschaft investiert wurde. Die Pandemie hat diese Situation noch verschärft. Sie hat sich unverhältnismäßig stark auf Frauen ausgewirkt, da die Gesundheits- und Pflegesysteme überfordert waren, was eine Mehrbelastung vor allem für weibliche Haushaltsmitglieder zur Folge hatte. Arbeitsplätze, insbesondere geringer bezahlte, an denen Frauen überrepräsentiert waren, sind verloren gegangen, und weltweit haben die Fälle von Belästigung und Gewalt gegenüber Frauen drastisch zugenommen. Die systematische Unterbewertung der Arbeit, die Frauen verrichten, ist weiterhin überall auf der Welt ein Problem.

80. Eine Gewerkschaftsmitgliedschaft und Tarifverhandlungen sind wirksame Mittel für die Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles und anderer Formen von Diskriminierung, denen Frauen ausgesetzt sind, einschließlich beruflicher Segregation. Die Beseitigung von Hindernissen mit Blick auf das Vereinigungs- und Tarifverhandlungsrecht von Frauen sowie Gender Mainstreaming in den Strategien und Aktivitäten der Gewerkschaften müssen eine Priorität sein.

81. Vom IGB durchgeführte Untersuchungen zur Pflegewirtschaft belegen nicht nur, wie wichtig dieser Sektor für die Beseitigung der Hindernisse für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ist, sondern auch, dass er positive wirtschaftliche Auswirkungen hat und mehr Arbeitsplätze für Frauen schafft. Die für Pflege und auch Bildung aufgewandten Mittel sind aktuell unzureichend. Das muss sich ändern, um den dringenden Bedarf zu decken und für Gleichstellung zu sorgen.

82. ~~Die Bildungsangebote sind für~~ viele Mädchen und Frauen gibt es nur begrenzte oder überhaupt keine Bildungsangebote, auch was die Hochschulbildung betrifft, und ~~es gibt~~ keinen gleichberechtigten Zugang zu hochwertigen Ausbildungsplätzen und anderen Ausbildungsmaßnahmen, wodurch Diskriminierung und Ungleichheit weiter verschärft werden.

83. Die Pandemie hat zudem Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft, die Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen und Verletzungen der Rechte indigener Völker verschärft. Menschen, die sich dem LGBTQI-Spektrum zuordnen, werden ebenfalls zunehmend diskriminiert. Der Zugang zu Informationen über Rechte und zu Hilfestellungen ist vielfach vom sozialen Status abhängig. Die Verweigerung des Rechtes auf Arbeit für Asylsuchende trägt in vielen Ländern entscheidend zu ihrer Ausbeutung bei. Es gibt immer mehr Flüchtlinge, die meisten von ihnen in Entwicklungsländern, weil durch die Erderwärmung, Konflikte und politische Unterdrückung mehr und mehr Menschen von zu Hause vertrieben werden. Rechtsextreme politische Akteure nehmen all diese Menschen ins Visier, um noch mehr Zwietracht zu säen.

84. Diese Formen der Diskriminierung manifestieren sich sowohl auf nationaler Ebene als auch zwischen einzelnen Ländern, da die Überreste des Kolonialismus weiter die Konturen der Weltwirtschaft gestalten.

85. Menschen, die Diskriminierung ausgesetzt sind, sind in den meisten Ländern in wesentlich höherer Zahl aufgrund der Covid-19-Pandemie verstorben oder erkrankt. Das macht nicht nur das Ausmaß und die Folgen der Diskriminierung deutlich, sondern auch den dringenden Handlungsbedarf mit Blick auf die Ausrottung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die die Gesellschaft weiter durchdringen.

86. Menschen mit Behinderungen und mit Vorerkrankungen, in vielen Fällen aufgrund schlechter Gesundheits- und Sicherheitsvorkehrungen bei der Arbeit, sind ebenfalls anfälliger für das Virus, ebenso wie viele Menschen, die ethnischen Minderheiten angehören. Maßnahmen zu ihrem Schutz und zu ihrer Versorgung sind in einer Pandemie umso wichtiger, ebenso wie die Notwendigkeit, Stigmatisierung und Vorurteile aufgrund einer Behinderung oder Erkrankung auszumerzen.

87. Rechtspopulistische politische Kräfte, die häufig über die sozialen Medien Desinformationen und Hassreden verbreiten, haben in vielen Ländern an Zugkraft gewonnen, u.a. dadurch, dass sie ihre Agenda mit irreführender Propaganda zur Pandemie selbst und zu den Bemühungen der Regierungen um die Begrenzung ihrer Ausbreitung verknüpfen. Die Gewerkschaften müssen wachsam sein, um diese Kräfte zu identifizieren und in der Gesellschaft insgesamt zu bekämpfen, aber auch dort, wo sie versuchen, unsere Bewegung zu unterwandern und zu zerreißen.

88. Gewerkschaftssolidarität und eine kollektive Organisation mit kollektiven Aktionen sind von entscheidender Bedeutung für den Kampf gegen Diskriminierung in all ihren Formen. Es ist kein Zufall, dass, wenn Autokraten politische Macht ergreifen, die Gewerkschaften vielfach zu ihren ersten Zielscheiben gehören. Die Gewerkschaftsbewegung muss selbst kontinuierlich dafür sorgen, dass ihre eigenen Strukturen und Verfahren niemanden ausgrenzen und dass vorhandene Defizite, wie etwa die Unterrepräsentation von Frauen in gewerkschaftlichen Führungspositionen, überwunden werden.

89. Der Kongress:

- i. **bekräftigt die Verpflichtung des IGB zu einer Welt, die frei von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Identität, rassistischer Motive, der Weltanschauung, der Religion, des sozialen Status oder aus anderen Gründen ist;**
- ii. **bekräftigt die Verpflichtung des Kopenhagener IGB-Kongresses zu einer inklusiven und feministischen Gewerkschaftsbewegung, die alle arbeitenden Menschen organisiert, ungeachtet ihres Beschäftigungs- oder Rechtsstatus, einschließlich innovativer Ansätze bei der Organisation informell und prekär beschäftigter Arbeitskräfte und derjenigen in Plattformunternehmen sowie Arbeitsloser;**
- iii. **begrüßt die bei der 4. IGB-Weltfrauenkonferenz 2022 verabschiedeten Schlussfolgerungen;**
- iv. **wiederholt die Aufforderung des Kopenhagener Kongresses an alle Mitgliedsorganisationen, mindestens 40% ihrer Führungspositionen mit Frauen zu besetzen und befürwortet das Ziel von 50% bis zum 6. IGB-Weltkongress;**
- v. **verpflichtet sich zum Einsatz für Geschlechtergleichstellung bei der Arbeit und in der Gesellschaft, durch den Abbau von Hindernissen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen sowie durch solide und zeitgebundene Maßnahmen zur Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles;**
- vi. **verpflichtet sich zur Verwirklichung der Geschlechtergleichstellung auf allen Ebenen der Gewerkschaftsbewegung, u.a. durch die Förderung von Frauen in Führungspositionen und die gewerkschaftliche Organisation von Frauen;**
- vii. **fordert die weltweite Ratifizierung und uneingeschränkte Einhaltung der ILO-Antidiskriminierungsübereinkommen 100 und 111 sowie des Übereinkommens 190 über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung;**
- viii. **fordert Investitionen in die Pflegewirtschaft in allen Ländern und die angemessene Anerkennung des Wertes von Pflege- und Betreuungstätigkeiten;**
- ix. **verurteilt Diskriminierung in all ihren Formen, verpflichtet sich zum Kampf für die Rechte**

von Wanderarbeitskräften, indigenen Völkern, Menschen, die sich dem LGBTQI-Spektrum zuordnen, Menschen, die mit einer Behinderung leben, und all denjenigen, die Rassismus, öffentlichen Vorurteilen und Bigotterie ausgesetzt sind, und sagt Unterstützung bei ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu;

- ~~ix.x.~~ verpflichtet sich zur Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei der Bekämpfung von **Faschismus**, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in all ihren Formen, einschließlich rechtspopulistischer politischer Kräfte, die versuchen, ~~Rassismus~~–und–Ausgrenzung zu verankern und zu vertiefen und die Rechte von Frauen und anderen, die Diskriminierung ausgesetzt sind, zu untergraben;
- ~~x.~~ ~~verpflichtet sich zur Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei der Bekämpfung von Gewalt, Hass und Terrorismus;~~
- xi. erinnert an die Beschlüsse des Kopenhagener Kongresses im Hinblick auf Migranten und Flüchtlinge, einschließlich der notwendigen Annahme von Rahmenwerken für eine faire Lenkung der Arbeitsmigration auf allen Ebenen durch den sozialen Dialog;
- xii. verpflichtet sich zu einer Kampagne für die Ratifizierung und Inkraftsetzung der ILO-Übereinkommen 97 und 143 über Wanderarbeitskräfte und der UN-Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen sowie zur Bestärkung und Unterstützung diesbezüglicher Bemühungen der Mitgliedsorganisationen;
- xiii. verurteilt die Ausbeutung von Wanderarbeitskräften durch Arbeitgeber, um sich ihrer Verantwortung auf dem Arbeitsmarkt zu entziehen;
- xiv. bekräftigt die eindeutige Position des IGB, dass Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende willkommen sind, ebenso wie unsere Forderung nach einem sicheren Zufluchtsort, dem Recht auf Arbeit und Gleichbehandlung für sie und dass niemand zur Migration gezwungen werden sollte;
- xv. unterstreicht, dass die Staaten ihrer völkerrechtlichen Verantwortung nachkommen und denjenigen, die vor Verfolgung und lebensbedrohlichen Situationen flüchten, gestatten müssen, Asyl zu beantragen;
- xvi. beschließt, für die Rechte indigener Völker zu kämpfen, auch bezüglich des Zugangs zu menschenwürdiger Arbeit.

Inklusion

90. Die Regeln der Weltwirtschaft benachteiligen die ärmsten Länder erheblich und lassen keinen ausreichenden politischen und fiskalischen Handlungsspielraum, um allen außer den wohlhabendsten Ländern eine inklusive wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu ermöglichen. Die Strategien der internationalen Finanzinstitutionen und der Welthandelsorganisation bedürfen einer grundlegenden Reform, um die Entwicklung und die Arbeitnehmerrechte in den Mittelpunkt zu rücken. Die Entwicklungshilfegelder reichen nicht aus, die Steuervorschriften begünstigen Großkonzerne und Reiche, die Handlungsfähigkeit von Staaten wird durch wirtschaftliche Umstrukturierung infolge eines an Auflagen geknüpften Zugangs zu Kapital beeinträchtigt, und sogar aus den am wenigsten wohlhabenden Ländern fließen durch Schuldentrückzahlungen und multinationale Unternehmen Mittel ab.

91. Das globale Handelssystem dient gegenwärtig den Interessen multinationaler Unternehmen und den wirtschaftlichen Interessen reicherer Länder, wobei weniger wohlhabende Länder vielfach durch Handelsabkommen gezwungen werden, ihre Märkte für billige Waren aus anderen Ländern zu öffnen, wodurch heimische Industrien geschwächt werden und prekäre sowie informelle Beschäftigungsverhältnisse zunehmen.

92. Die Covid-19-Pandemie hat in brutaler Weise aufgedeckt, wie zerrissen die Welt ist. Reichere Länder horten wesentlich mehr Impfstoffe als sie benötigen, die Bestimmungen zu geistigem Eigentum verhindern die Produktion lebenswichtiger Gesundheitsgüter in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, es fehlt an Investitionen und einer Industriepolitik sowie an Sozialschutz, weil

kein ausreichender fiskalischer Handlungsspielraum vorhanden ist. All dies hat zu unzähligen Todesfällen und Erkrankungen geführt und die Existenzgrundlagen von Millionen Menschen zerstört. Die Folgen der Erderwärmung bekommen ebenfalls die am wenigsten entwickelten Länder am meisten zu spüren, da es ihnen an den Ressourcen und der Infrastruktur fehlt, um sie abzumildern und ihre eigene Wirtschaft zu dekarbonisieren.

93. Die Privatisierung und das Outsourcing öffentlicher Dienstleistungen über Jahrzehnte hinweg haben die Möglichkeiten der Regierungen, für inklusive Gesellschaften und Volkswirtschaften zu sorgen, erheblich geschwächt. Dieser Trend muss umgekehrt und durch Investitionen in hochwertige öffentliche Dienstleistungen ersetzt werden. Alle arbeitenden Menschen, ob im privaten oder öffentlichen Sektor, müssen das Recht haben, einer Gewerkschaft beizutreten und Tarifverhandlungen zu führen, und sie alle verdienen die Vorteile, die eine Gewerkschaftsmitgliedschaft mit sich bringt.

94. Zunehmende Finanzspekulationen auf Kosten der Realwirtschaft haben eine globale Krise des Wirtschaftssystems verursacht und Millionen Arbeitsplätze gekostet. Die durch Covid-19 ausgelöste Krise muss zu einem Kurswechsel und zur Abkehr von diesen gescheiterten wirtschaftspolitischen Maßnahmen führen.

95. Die Weltwirtschaft befindet sich aktuell auf einem destruktiven und nicht nachhaltigen Kurs, und es bedarf einer grundlegenden Reform.

96. Der Weg zu einem neuen, nachhaltigen globalen System, basierend auf Multilateralismus mit den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen, insbesondere der ILO, als zentralen Institutionen, führt über die UN-Agenda 2030 und die nachhaltigen Entwicklungsziele, vor allem Ziel 8 bezüglich menschenwürdiger Arbeit, ohne das die übrigen SDGs nicht zu erreichen sein werden. Für die Arbeitswelt weist die ILO-Jahrhunderterklärung progressive und realisierbare Wege auf, um für eine Zukunft der Arbeit zu sorgen, bei der die Menschen und nicht die Profite im Mittelpunkt stehen. Die Jahrhunderterklärung bildet die Grundlage für die Führungsrolle der ILO im multilateralen System. Alle ILO-Mitgliedsstaaten haben sie mitgetragen, und das muss in globale Maßnahmen übertragen werden. Als Mindestmaß an Schutz wird allen arbeitenden Menschen in der Erklärung zugesagt:

- i. die Achtung ihrer grundlegenden Rechte
- ii. ein angemessener, gesetzlich oder durch Verhandlungen festgelegter Mindestlohn
- iii. Höchstgrenzen für die Arbeitszeit
- iv. Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

97. Dieser Basisschutz ist ein Eckpfeiler des neuen Sozialvertrages, der wiederum die Grundlage für eine Weltwirtschaft bildet, die inklusiv ist, die Entwicklung und Rechte fördert und für eine nachhaltige Zukunft sorgt.

98. Auf nationaler Ebene bilden die Rechenschaftspflicht der Regierungen über das enge Maß des BIP hinaus und das Angebot hochwertiger öffentlicher Bildung, Gesundheitsversorgung und anderer Dienstleistungen die Grundlage, auf der Inklusion erreicht und das Vertrauen geschaffen werden kann, das notwendig ist, um die Demokratie zu sichern und die Anfälligkeit demokratischer Systeme gegenüber Extremismus in den Griff zu bekommen. Dies erfordert eine staatliche Planung, Berichterstattung und Rechenschaftspflicht mit Maßnahmen in den nachstehenden Bereichen:

- i. Lebensstandards
- ii. Steuern, Sozialschutz und öffentliche Dienstleistungen
- iii. Umwelt
- iv. Gesundheit und Bildung
- v. Wirtschaft und Vollbeschäftigung

- vi. Demokratische Rechte und Freiheiten mit sozialem Dialog sowie dem Vereinigungs- und dem Tarifverhandlungsrecht
- vii. Geschlechtergleichstellung, Nichtdiskriminierung und Inklusion

99. Die Ausweitung der Rechenschaftspflicht von Regierungen über das BIP hinaus würde zudem wichtige Impulse für die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele geben. Die SDGs selbst stellen einen vereinbarten globalen Rahmen dar, der die Grundlage für die Planung, Berichterstattung und Rechenschaftspflicht bilden muss. Die Verwirklichung der SDGs muss beschleunigt werden, u.a. durch die Durchsetzung von Rechten für Arbeitnehmer*innen und Vorschriften für die Wirtschaft und Regierungen, ebenso wie durch Pläne für eine nachhaltige Entwicklung über 2030 hinaus.

100. Die Gewerkschaften kämpfen seit den Anfängen der Bewegung für Demokratie und werden dies auch weiterhin tun, wenn demokratiefeindliche Kräfte versuchen, die Demokratie zu beeinträchtigen und zu zerstören, auch durch Angriffe auf die Gewerkschaftsbewegung selbst. Dem IGB kommt eine starke globale Führungsrolle bei der Verteidigung der Demokratie zu.

101. Frieden ist unerlässlich für inklusives Wachstum und soziale Gerechtigkeit, die wiederum Vorbedingungen für Frieden sind. Dennoch besteht nach wie vor die reale Gefahr von Konflikten und insbesondere eines Atomkonfliktes. Die Gewerkschaftsbewegung kann auf eine stolze Geschichte zurückblicken, wenn es darum geht, Frieden zu fördern und Konfliktursachen zu beseitigen, u.a. durch Bemühungen um wirtschaftliche Sicherheit für arbeitende Menschen und die Bekämpfung von Rechtsextremismus und anderen Formen von Extremismus, die Unsicherheit schüren, um eine auf Hass und Ausgrenzung basierende Agenda voranzubringen.

102. Obwohl der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen inzwischen in Kraft getreten und auch der Atomwaffensperrvertrag von zentraler Bedeutung ist, sind wichtige bestehende Überwachungsverfahren und Rüstungskontrollvereinbarungen ausgelaufen oder geschwächt worden, und die Welt braucht dringend neue Initiativen, um den Weg in eine atomwaffenfreie Zukunft zu sichern und für die Umstellung der Rüstungsproduktion auf eine Produktion zum Wohle der Welt zu sorgen, anstatt ihr mit Zerstörung zu drohen. Die diesbezügliche Arbeit des IGB mit dem International Peace Bureau und anderen Verbündeten in der Zivilgesellschaft muss fortgesetzt werden.

103. Darüber hinaus ist die Welt übersät mit Kleinwaffen und anderen Waffen. Der inzwischen von den meisten UN-Mitgliedsstaaten ratifizierte Vertrag über den Waffenhandel zielt darauf ab, den Waffenhandel zu regulieren und illegale Lieferungen zu unterbinden. Dennoch haben die weltweiten Rüstungsausgaben mit fast 2 Billionen US-Dollar pro Jahr einen neuen Höchststand erreicht, Tendenz steigend. Frieden und die Beendigung von Konflikten innerhalb von und zwischen Ländern sind ein integraler Bestandteil des Auftrages und der Werte des IGB und werden es auch künftig sein.

104. Der Kongress:

- i. fordert eine grundlegende Reform des Weltwirtschaftssystems, einschließlich der Bretton-Woods-Institutionen, um Entwicklung und Inklusion für alle zu ermöglichen;**
- ii. bekräftigt die Verpflichtung des IGB zur UN-Agenda 2030 und zu den nachhaltigen Entwicklungszielen, insbesondere Ziel 8;**
- iii. bedauert die langsamen Fortschritte bei der Verwirklichung der SDGs und fordert deutlich verstärkte Anstrengungen, um sie zu erreichen;**
- iv. bekräftigt die Verpflichtung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zum Multilateralismus und die Führungsrolle der ILO mit ihrem dreigliedrigen Normensetzungsmandat in sozialen und wirtschaftlichen Fragen;**
- v. beschließt, den dreigliedrigen Charakter der ILO und ihre Aktionsmittel im Rahmen des UN-Reformprozesses zu verteidigen;**
- vi. fordert eine Reform des internationalen Handelssystems, insbesondere der Welthandelsorganisation, einschließlich Konsultationen mit Gewerkschaften bei**

Handelsverhandlungen, der Berücksichtigung von Arbeits- und Umweltnormen und des Schutzes personenbezogener Daten sowie durchsetzbarer Streitschlichtungsverfahren bezüglich dieser Fragen;

- vii. fordert, dass das internationale Handelssystem für Nachhaltigkeit sorgt und die Überwindung von Ungleichheiten zwischen Ländern ermöglicht;
- viii. fordert für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen bevorzugten Zugang zu den Märkten von Ländern mit hohem Einkommen, geknüpft an die Achtung der ILO-Normen, ohne tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse sowie ohne die Verpflichtung, Handelsabkommen mit diesen Ländern abschließen zu müssen;
- ix. unterstreicht die Notwendigkeit, den Privatisierungs- und Outsourcing-Trend umzukehren und auf nationaler, subnationaler und lokaler Ebene in hochwertige öffentliche Dienstleistungen zu investieren;
- x. fordert mehr Solidarität und eine Erhöhung der Entwicklungshilfe auf mindestens 0,7% des BNE der Geber;
- x.xi. fordert die Verringerung der nationalen Militärausgaben und die Verwendung der Mittel für Investitionen in menschenwürdige, klimafreundliche Arbeitsplätze und sozial orientierte Bereiche wie Bildung, Gesundheit und Sozialschutz;
- xi.xii. verpflichtet den IGB zur Fortsetzung und Intensivierung seiner Lobbyarbeit gegenüber den internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen, um sie selbst und ihre Strategien zu reformieren;
- xii.xiii. beschließt, sich für die Verwirklichung der ILO-Jahrhunderterklärung und des darin zugesagten Basisschutzes für alle arbeitenden Menschen einzusetzen;
- xiii.xiv. fordert ein Ende von mit dem geistigen Eigentum zusammenhängenden Beschränkungen dort, wo existenzielle Bedürfnisse im Bereich der öffentlichen Gesundheit erfüllt werden müssen, ebenso wie Investitionen und eine Industriepolitik, um sicherzustellen, dass Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen schnell Kapazitäten schaffen können, um Impfstoffe, Tests und andere für die öffentliche Gesundheit wichtige Instrumente zu produzieren;
- xiv.xv. bekräftigt die wichtige Rolle des Staates und hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen bei der Gewährleistung von Inklusion;
- xv.xvi. fordert die Erweiterung von Rahmenwerken für die Rechenschaftspflicht von Regierungen über das BIP hinaus, um auch Arbeits-, Sozial- und Umweltindikatoren zu berücksichtigen, sowie die Einführung von Verfahren, um für Rechenschaftspflicht zu sorgen;
- xvi.xvii. wiederholt seine Verpflichtung zu einer atomwaffenfreien Welt, zum Vertrag zum Verbot von Atomwaffen, zum Atomwaffensperrvertrag und zur Einführung von Überwachungs- und Kontrollverfahren, solange es noch Atomwaffen gibt;
- xvii.xviii. bekräftigt die Bedeutung der Vereinten Nationen für die Vermeidung und Beilegung bewaffneter Konflikte durch internationale Normen sowie diplomatische und politische Mittel sowie und fordert die Ratifizierung und effektive Inkraftsetzung des Vertrages über den Waffenhandel seitens, der von allen aller Ländern ratifiziert und in Kraft gesetzt werden muss;
- xix. verpflichtet sich zur Solidarität mit denjenigen, die in den Opfern bewaffneter Konflikte verwickelt sind, und zur Förderung der gemeinsamen Sicherheit, um sowie zur Verhinderung und Beilegung bewaffneter Konflikte zu verhindern und beizulegen;
- xviii.xx. unterstützt die Mitgliedsorganisationen bei der Bekämpfung von Gewalt, Hass und Terrorismus;
- xix.xxi. wiederholt die Entschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung, Rechtsextremismus und alle anderen Kräfte zu bekämpfen, die Rechte, gegenseitige Achtung und Inklusion verweigern;
- xx.xxii. verpflichtet sich zur Verteidigung und Förderung der Demokratie, persönlicher und kollektiver Freiheiten und der Rechtsstaatlichkeit.

105. Der IGB ist die Dachorganisation der größten, demokratischsten und repräsentativsten Kraft der Welt: der Gewerkschaftsbewegung. Unsere Bewegung muss sich in ihren eigenen Reihen an die höchsten Normen der Demokratie und Rechenschaftspflicht halten. Sie sind die Basis, auf der Solidarität am wirksamsten ist und auf der die Macht arbeitender Menschen aufgebaut werden kann.

106. Die oberste Priorität des IGB ist die Verteidigung und Förderung der Arbeitnehmerrechte. Überall dort, wo arbeitende Menschen angegriffen werden, muss die internationale Gewerkschaftsbewegung bereit sein, schnell und mit kollektiver Stärke einzugreifen. Die Mobilisierung internationaler Solidarität erfordert die wirksamsten Kommunikationsmaßnahmen, solide und dauerhafte Beziehungen zwischen dem IGB, seinen Regionalorganisationen und -strukturen und seinen Mitgliedsorganisationen sowie die gemeinsame Verpflichtung zur Solidarität, die mit einer Mitgliedschaft beim IGB einhergeht.

107. Um Solidaritätsaktionen zu koordinieren und durchzuführen, arbeitenden Menschen mehr Macht zu verschaffen und unser Ziel einer Umgestaltung der Weltwirtschaft zu erreichen, muss der IGB seine Kapazitäten weiter ausbauen, damit er die Mitgliedsorganisationen unterstützen und auf globaler Ebene Einfluss ausüben kann durch:

- i. Unterstützung bei der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit durch die Globale Organisationsakademie, einschließlich Mitgliederwerbung unter jungen Menschen als besonderer Fokus;
- ii. Kampagnen zu spezifischen Themen sowie mit Blick auf Länder, Institutionen und Unternehmen, die sozialer Gerechtigkeit, gewerkschaftlicher Organisationsarbeit und Tarifverhandlungen im Wege stehen;
- iii. den Aufbau einer auf allen Ebenen inklusiven Bewegung, einschließlich der Organisation von Frauen und der Gewährleistung, dass sie uneingeschränkt in Führungspositionen vertreten sind;
- iv. die Sicherstellung klarer Strategien für die ILO, auch was die Prioritäten für die Normensetzung betrifft;
- v. das Angebot von Rechtsberatung und Unterstützung für Mitgliedsorganisationen sowie Verfolgung juristischer Strategien auf internationaler Ebene, um die Regeln zugunsten arbeitender Menschen neu festzulegen;
- vi. die Sicherstellung, dass der IGB als glaubwürdiger und oberster globaler Verfechter der Interessen aller arbeitenden Menschen gilt, gestützt auf hochwertige Analysen, Untersuchungen, Veröffentlichungen und Berichte und vor allem auf den jährlichen Globalen Rechtsindex;
- vii. Unterstützung der Kontaktaufnahme zu jungen Beschäftigten und ihrer Integration in die Gewerkschaftsbewegung und den Arbeitsmarkt auf allen Ebenen;
- viii. die wirksamste Nutzung modernster Kommunikationstechnologie als Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung zugunsten von Kampagnen und Lobbyarbeit;
- ix. Unterstützung der Aktivitäten von Gewerkschaften zugunsten eines gerechten Übergangs durch die Fortsetzung der Arbeit des Zentrums für einen gerechten Übergang;
- x. die Sicherstellung einer wirksamen Lobbyarbeit bezüglich der SDGs und Entwicklungsfragen, aufbauend auf der Arbeit des Netzwerkes für die gewerkschaftliche Entwicklungszusammenarbeit;
- xi. maßgeschneiderte Schulungsangebote und Unterstützung für Mitgliedsorganisationen zur Untermauerung der Strategien und Ziele des IGB;
- xii. aktive Friedensarbeit, u.a. durch Lobby- und politische Arbeit sowie Austauschprogramme;

- xiii. die Fortsetzung, Ausweitung und Verfeinerung der Strategien mit Blick auf die Verwendung des Arbeitnehmerkapitals;
- xiv. Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei ihrem Engagement im Rahmen innerstaatlicher politischer Prozesse, einschließlich Wahlen;
- xv. die Bereitstellung einer Plattform für den Austausch von Information und bewährten Praktiken.

108. Den Regionalorganisationen und -strukturen des IGB kommt eine wichtige Führungsrolle in regionalen Fragen und bei der Bewältigung der regionalen Dimension globaler Herausforderungen, bei der Koordination regionaler Aktivitäten, der Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bezüglich regionaler und internationaler Prioritäten und der organisatorischen Zusammenarbeit bei der Verknüpfung internationaler und nationaler Gewerkschaftsaktivitäten über die gesamte Palette der satzungsmäßigen Ziele des IGB, seiner Beschlüsse und seines Programms hinweg zu.

109. Über den Global-Unions-Rat und die laufende Zusammenarbeit mit den Globalen Gewerkschaftsföderationen und dem TUAC wird der IGB die Gewerkschaftsagenda auf sektoraler Ebene weiter unterstützen, u.a. durch unternehmensspezifische Kampagnen und die Beeinflussung der internationalen Wirtschaftsagenda.

110. Es gibt viele andere Organisationen, darunter NGOs, Studierendenorganisationen, soziale und progressive Bewegungen, die die gemeinsamen Werte und Ziele der internationalen Gewerkschaftsbewegung teilen. Die Zusammenarbeit mit diesen Organisationen hat viel dazu beigetragen, unsere Agenda voranzubringen, und diese Zusammenarbeit muss fortgesetzt werden, in dem Bewusstsein der Einzigartigkeit und Besonderheit der Gewerkschaften als auf Mitgliedschaft basierende und von ihren Mitgliedern getragene Organisationen, die arbeitende Menschen organisieren und in ihrem Namen verhandeln.

111. Wir verpflichten uns, in enger Abstimmung mit den Regionalorganisationen und -strukturen, dem Global-Unions-Rat, den Globalen Gewerkschaftsföderationen und dem ~~OECD~~-TUAC, zur Organisierung und zum Kampf für die Welt, wie wir sie uns vorstellen, zur Umgestaltung der Weltwirtschaft, indem wir die in dieser Erklärung dargelegten Ziele verwirklichen, basierend auf den bleibenden Werten des IGB: Frieden, Demokratie, Rechte, Gleichstellung, Entwicklung sowie soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit.